

STEIRISCHE Volksstimme

Ausgabe 7, November 2011 • Österreichische Post AG / Postentgelt bar bezahlt • RM 06A036682 • 8020 GRAZ

ZEITUNG DER STEIRISCHEN **KPO**

Schlussverkauf?

Krankenhäuser, Schulen, Gemeinden

Abrissbirne über der Steiermark

Viele Steirerinnen und Steirer nutzen das schöne Bergwetter für Wanderungen. Gerade im Spätherbst kann man herrliche Aussichten genießen. Weniger gute Aussichten bringen die Belastungspakete der Landesregierung mit sich.

foto kommunistenbarbie



GLEISDORF



LEBI-LADEN
Lebensmittel billiger!

Franz-Josef-Straße 2, Gleisdorf
Öffnungszeiten Mo-Fr 9-14 h und Sa 9-13h

„Versorgen statt entsorgen“

Überflüssige Lebensmittel werden nicht weggeworfen, sondern werden - solange ihre Qualität gewährleistet ist - im LEBI-Laden Gleisdorf billiger zum Verkauf angeboten.

Keine Einkommensprüfung!

Notruf 0316/877 5102

**Helfen statt reden.
Mit Rat und Tat!**

KPO
wirkt!

Graz, Landhaus
Vor Anmeldung erbeten

AUSGEQUETSCHTE GEMEINDEN

Seit dem EU-Beitritt werden die finanziellen Mittel von Bund und Ländern für die Gemeinden ständig gekürzt. In der Zeit von 2008 bis 2010 sind die Finanzierungsmittel aller Gemeinden aus dem Bundesbudgetausgleich gravierend, um 10,5% abgestürzt, das sind ca. 150 Mill. Euro, die in unseren Gemeindehaushalten fehlen. Gleichzeitig wurden die Aufgaben der Gemeinden ständig erweitert.

Konsequenz: Die Gemeinden werden wie Zitronen ausgepresst. Der laufende Selbstfinanzierungsrahmen der Gemeinden für investive Zwecke sackt von plus 118 Mio. im Jahr 2000 auf minus 179 Mill. Euro im Jahr 2010 ab, was eine verheerende Auswirkung auf die Infrastruktur hat. Die Summe der Zweckzuschüsse und Finanzzuweisungen vom Bund an die Länder und Gemeinden zeigen das wahre Gesicht einer aus den Fugen geratenen Politik. Wurden 1997 österreichweit noch 3 Mrd. Euro an die Länder und Kommunen verteilt, so sind es 2010 nur mehr 0,73 Mrd. Euro, also 75% weniger gegenüber

dem, was noch vor 13 Jahren zur Verfügung stand. Hier kann nur noch von Kahlschlag und Arroganz gegenüber der öffentlichen Daseinsfürsorge gesprochen werden. Parallel dazu werden Gesetze so weit geändert, dass bisher unantastbare Rücklagen in verschiedenen gemeindeeigenen Betrieben, wie etwa Wasserversorgung, Kanalnetz usw. aufgelöst werden müssen, um damit die Budgetlöcher zu stopfen und geschönt darzustellen.

Haarsträubend entwickeln sich auch die Anteile der Länder und Gemeinden, die an die EU abgeliefert werden müssen. Von den Ertragsanteilen des Bundes an die Länder und Gemeinden wird ein länderweiter (somit auch gemeindefinanzierter) EU-Beitrag sofort in Abzug gebracht. Stieg der in Abzug gebrachte EU-Beitrag der Länder und Gemeinden von 299 Mill. Euro im Jahr 1995 auf 460 Mill. Euro im Jahr 2008, so wurde mitten im größten Finanzloch der österreichischen Gemeinden der EU-Beitrag um 10% auf 511 Mill. Euro im Jahr 2009 hinaufgeschmalzt.

KLEIN, ABER MIT BISS



Die Ex-Eishockey-Cracks Voves (jetzt Landeshauptmann) und Pildner-Steinburg (jetzt Industriellenchef) spielen heutzutage gegen die steirische Bevölkerung. Kann denen keiner eine Matchstrafe verpassen?



KPÖ-Gemeinderat Jürgen Klösch (Bruck): „Voves und Schützenhöfer wollen reihenweise Bezirke und Gemeinden abschaffen, weil das die EU-Regionalreform so fordert. Dass die Arbeitsplätze tausender Steirer verlorengehen, bedenken sie dabei nicht.“

BEZIRKS- UND GEMEINDEZUSAMMENLEGUNG

Mehr die Abre

Auf die massiven Kürzungen im Sozialbereich durch Voves und Schützenhöfer folgt unter dem Titel „Verwaltungsreform“ eine Rationalisierungswelle bei öffentlichen Dienstleistungen. Bezirks- und Gemeindezusammenlegungen sind ein Abbau von Selbstverwaltung und Demokratie.

Noch scheut sich die Landesregierung, offen über ihre Abrisspläne bei der steirischen Kommunalverwaltung zu reden. Im schlimmsten Fall werden zwei Drittel der steirischen Gemeinden und zwei Drittel der Bezirkshauptmannschaften zugesperrt. Landeshauptmann Franz Voves (SPÖ) will so jährlich 45 Millionen Euro beim Betriebsaufwand bzw. der Verwaltung der Gemeinden und Bezirke „einsparen“. Die KPÖ wehrt sich gegen die Reduzierung der kommunalen Infrastruktur.

Folgeschäden

Dazu kommt, dass mit den Bezirksstrukturen, die es seit Maria Theresia gibt, Einrichtungen wie Krankenhäuser, Bezirksgerichte, Schulen, Wasserverbände und vieles mehr verknüpft sind. All das wird durch die sogenannte Verwaltungsreform gefährdet. Wo es keinen Bezirk mehr gibt, braucht es auch kein Bezirksgericht mehr.

Voves erwartet sich Vorschläge von den Bürgermeistern. Voves: „Wir stehen erst am Anfang des Dialogs.“

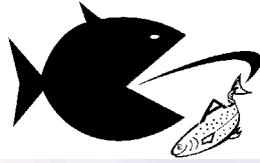
LAbg. Werner Murgg (KPÖ) erinnerte daran, dass in den letzten zehn, zwanzig Jahren in fast allen Gemeinden die Infrastruktur – neue Ortszentren, Gemeindeämter, Feuerwehnhäuser – ausgebaut wurde. Murgg: „Die angepeilten Einsparungen werden nur erzielt werden können, wenn diese Infrastruktur wieder heruntergefahren wird. Das wird für die Bevölkerung längere Wege und ein schlechteres Angebot bedeuten. Das sollte man der Wahrheit halber den Bürgerinnen und Bürgern mitteilen, Herr Landeshauptmann.“ Die KPÖ tritt für eine Kooperation von Gemeinden ein, spricht sich aber klar gegen Zwangszusammenlegungen aus.

Landtaganträge von KPÖ, Grünen und FPÖ, die sich gegen eine Zwangszusammenlegung und gegen Verschlechterungen der kommunalen Leistungen bzw. für eine breite Einbindung der Bevölkerung aussprechen – die KPÖ fordert zwingende Volksbefragungen – wurden von SPÖ und ÖVP abgelehnt. Nur noch entschlossene Kampfmaßnahmen der Betroffenen können das Zusperrprogramm der Landesregierung vereiteln.

Die Landesregierung plant die Neugruppierung der Steiermark anhand der Interessen von Handelskonzernen und Industriebetrieben. Die Anliegen der Bevölkerung spielen für Rot-Schwarz keine Rolle mehr.

GEN: NICHTS SOLL MEHR SEIN WIE ES WAR

ißtypen



© Bettina Sampl / Fotolia.com

Damit die Kirche im Dorf bleibt! Widerstand gegen die Zusperrpläne in der Bezirks- und Landesverwaltung ist nötig.

PILOTPROJEKT MURTAL

Weil der Bezirkshauptmann von Knittelfeld mit 1.1. 2012 in Pension geht, wurde überfallsartig die Zusammenlegung der Bezirke Judenburg und Knittelfeld verfügt. Die betroffenen Gemeinden erfuhren erst im Nachhinein von den Plänen. Der Bezirk Murau soll später noch in den Großbezirk eingegliedert werden.

Renate Pacher, KPÖ-Stadträtin in Knittelfeld: „Früher wurde unter ‚Bezirksreform‘ die Forderung nach Demokratisierung der Bezirkshauptmannschaften ver-

standen. Denn obwohl die Bezirkshauptmannschaften wichtige Verwaltungsorgane sind, werden ihre Vertreter nicht demokratisch gewählt, sondern von der Landesregierung eingesetzt. Statt die Demokratie zu stärken, soll nun unter dem Titel Bezirksreform von oben herab eine Zusammenlegung verordnet werden.“



MEINUNG

Claudia Klimt-Weithaler,
KPÖ-Landtagsabgeordnete



Sozialsystem im Würgegriff

„Kein Stein bleibt auf dem Andern“, schrieb eine steirische Tageszeitung über die Ankündigung der Landesregierung, den Proporz abzuschaffen. Eines ändert sich nicht: Gekürzt wird bei denen, die schon jetzt nicht im Überfluss leben, die oft nur knapp über die Runden kommen. Mit der Wiedereinführung des Pflegegresses wird tief in die Taschen der Menschen gegriffen.

Gleichzeitig leben in Österreich viele Superreiche. Personen, die mehr als 100 Millionen US-Dollar besitzen. Der Unterschied: Während bei Behinderten, bei Kindern, bei Pflegebedürftigen schnell der Sparstift angesetzt wird, sind Vermögenssteuern für diese Gruppe kein Thema. Den „Fleißigen“ dürfe man nichts wegnehmen, heißt es immer, wenn Kritik daran laut wird, dass in Österreich eine Handvoll Superreicher fast die Hälfte des Vermögens im Land besitzt und dazu auch die Politik im Land diktiert. Aber wie fleißig muss man sein, um sich so viele Milliarden anzueignen? Und wie faul wären nach dieser Logik alle, die jeden Tag arbeiten gehen, auch so manchen Sonn- und Feiertag

bereit stehen müssen, ohne je zu Reichtum und Vermögen zu kommen?

Die Werte werden von den Arbeitern und Arbeiterinnen, den Angestellten, den Unter- und Unbezahlten geschaffen. Viele können sich kaum noch etwas leisten und werden jetzt auch noch von der Landesregierung ausgesackelt. Unter dem Eindruck der Schuldenkrise, von den Regierungsparteien selbst zu verantworten, gilt es in den Augen mancher Medien sogar als „mutig“, die Bevölkerung für eine verfehlte Politik büßen zu lassen. Erstaunlich ist nur, wie locker die Milliarden fließen, wenn die Börsenkurse fallen und wieder einmal ein EU-Land vor dem Staatsbankrott steht. Dabei geht es den Mächtigen nicht darum, die Menschen in diesen Ländern abzusichern. Sie setzen sich dafür ein, dass die Milliarden an die Banken weiter fließen – und nicht in Krankenhäuser, Pflegeheime und Schulen, sondern in die Taschen der Superreichen, die es in allen Ländern gibt, wenn auch nicht so zahlreich wie in Österreich.

Claudia Klimt-Weithaler
Tel. 0316 / 877 5104
ltk-kpoe@stmk.gv.at



KPÖ – damit wir uns das Leben wieder leisten können



Aus dem
Steiermärkischen
Landtag

BERICHTE AUS DEM LANDTAG STEIERMARK



Hoch bezahlte Jasager: Das erhoffen sich SPÖ und ÖVP von ihrer Verwaltungsreform. Die Opposition soll künftig draußen bleiben, dafür soll noch mehr Geld in die politischen Apparate fließen.

Raus aus Euratom

Die KPÖ fordert den Austritt Österreichs aus der EURATOM-Agentur. Daseinszweck dieser Organisation ist einzig und allein die Sicherstellung der technischen Voraussetzungen für den Ausbau und die Weiterentwicklung der Kernenergie. Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ): „Österreich zahlt jährlich 40 Millionen Euro an Euratom. Das ist mit unserer Anti-Atompolitik unvereinbar.“ Der Antrag wurde von ÖVP und SPÖ abgelehnt.

ZITATE

„Vorteile hat der Luftkrieg gegen Libyen auch gebracht: Die Kampfflugzeuge Dassault Rafale sowie Eurofighter konnten die Kriegstauglichkeit unter Beweis stellen.“

Kurt Gärtner (Wels) in der Kronenzeitung.

„Wir steuern auf eine Revolution zu – und zwar nicht nur in den USA, sondern weltweit“

Schlagerstar Paul Anka. (Diana) laut profil 44/2011

EU-Jubelbroschüre

Die EU wird mit der nächsten Finanzperiode ihre Politik auf die Strategie „Europa 2020“ ausrichten. Diese Strategie will die Landesregierung mittels einer eigenen Broschüre der steirischen Bevölkerung näherbringen. Einzig die KPÖ stimmte gegen dieses Projekt. Werner Murgg (KPÖ): „Das ist eine reine Jubelbroschüre, die nur dazu dient, der Bevölkerung Sand in die Augen zu streuen. Die Landesregierung merkt, dass die

Österreicher zu Recht immer weniger von der EU wissen wollen.“ Murgg zählte akribisch auf, mit welchen Verschlechterungen die Masse der Österreicher seit dem EU-Beitritt konfrontiert ist:

So seien die Nettoalleinkommen – die Löhne und Gehälter abzüglich der Inflation – seit 1995 um fast 3 Prozent gesunken, während Gewinne und Vermögen um 32 Prozent gestiegen seien.

Die Arbeitslosigkeit habe sich

im Schnitt um 100.000 Personen erhöht, die Anzahl der Teilzeitbeschäftigten sei von zehn auf 25 Prozent angewachsen.

Durch die Bahn- und Postliberalisierung wurden Regionalbahnen stillgelegt, Postämter geschlossen und zehntausende Eisenbahner und Postler abgebaut.

Anton Lang (SPÖ) lobte die Broschüre und kritisierte die KPÖ für ihre Anti-EU-Haltung. Stattdessen sollte man versuchen, das Beste aus der EU herauszuholen.

Abschaffung der Anwaltschaften heißt Einschränkung der Bürgerrechte

Unter dem Vorwand einer „effizienteren Verwaltung“ sollen die Bürgerrechte in der Steiermark eingeschränkt werden.

Die Anwaltschaften zu bestimmten Themenbereich sollen abgeschafft werden: Darunter fallen die Umwelthanwaltschaft, die Anwaltschaft für Menschen mit Behinderung, Patienten- und Pflegeanwaltschaft sowie die

Kinder- und Jugendanwaltschaft. Landesrat Seitinger spricht davon, dass diese „entmachtet“ werden müssten.

Die KPÖ setzt sich für den Fortbestand der Anwaltschaften ein: „Eine Abschaffung der Anwaltschaften würde der Bevölkerung die Möglichkeit nehmen, sich gegen Willkür und Fehlentscheidungen zur Wehr zu setzen. Die Hürden, die eingezogen werden, sich gegen Unrecht zu wehren,

sollen weiter erhöht werden. Die Landesregierung macht sich zum Instrument von Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung. Die Interessen von erwerbstätigen Menschen, von Menschen mit Behinderung oder in Pflege, von Kindern und Jugendlichen spielen keine Rolle mehr. Das zeigt nicht nur der Vorstoß gegen die Anwaltschaften, sondern auch das gesamte Kürzungspaket“, so KPÖ-Abgeordneter Werner Murgg

INHALT

| | |
|--------------------------------------------|---------|
| Aus dem Landtag | 4/5 |
| Ausverkauf im Gesundheitswesen | 6/7 |
| STREIK wirkt! | |
| Lohnverhandlungen 2011 | 8/9 |
| „Mindest“sicherung? | 10 |
| Aus dem Land | 11 - 14 |
| Teuerung: Pensionen reichen nicht mehr aus | 15 |
| Jugend | 16 |
| Glücksspiel in Steiermark | 17 |
| Das Gfrett mit dem Geld | 18-20 |
| Impressum | 22 |

KPÖ-ALTERNATIVVORSCHLÄGE ZUR ÄNDERUNG DER LANDESVERFASSUNG

Mehr Demokratie – weniger Privilegien!

Nach den Plänen von SPÖ und ÖVP soll der Landtag von 56 auf 48 Sitze verkleinert werden. Eine Reihe von Änderungen im Sinne der Großparteien sichern deren Macht ab und gehen auf Kosten von Demokratie und Kontrolle. Der KPÖ-Vorschlag würde 1,8 Mio. Euro bei Polik-Behältern einsparen.

SPÖ und ÖVP wollen mit ihrem Vorschlag offenbar nicht nur den Landtag verkleinern, sondern die Oppositionsparteien gleich mit entsorgen.

Statt die Demokratie und die Kontrolle abzubauen, schlägt die KPÖ vor, bei den Gehältern der Abgeordneten zu sparen und

endlich die unnötigen, aber gut bezahlten Ämter des zweiten Landeshauptmannstellvertreters bzw. des Dritten Landtagspräsidenten abzuschaffen.

Während im SPÖ-ÖVP-Vorschlag die hohen Einkommen der Politikerinnen und Politiker – dabei darf man nicht vergessen,

dass die meisten Abgeordneten neben ihrem Politikereinkommen noch ein weiteres Einkommen beziehen – unangetastet bleiben, schlägt die KPÖ vor, die Polit-Einkommen um ca. 30 Prozent zu reduzieren. Immerhin verdient ein Abgeordneter derzeit brutto 5304 Euro, Regierungsmitglieder 13.872 Euro und der Landeshauptmann sogar über 15.500 Euro monatlich.

Der KPÖ-Vorschlag würde zu keinem Demokratieabbau des

Landtages führen und trotzdem deutlich weniger kosten als der SPÖ-ÖVP-Vorschlag. Konkret würde der Vorschlag von SPÖ und ÖVP jährliche Einsparungen von 594.048 Euro bringen, der KPÖ-Vorschlag aber 2,357 Millionen Euro. KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler: „Nicht die Verringerung der Mandate spart Geld, sondern die Reduktion der Polit-Einkommen auf ein Maß, das die Bevölkerung nachvollziehen kann.“

| FUNKTION | STATUS QUO - DERZEIT | | | VORSCHLAG SPÖ & ÖVP | | | VORSCHLAG KPÖ | | |
|---------------------------------|----------------------|--------|----------------|---------------------|--------|----------------------|-------------------------|--------|------------------------|
| | Bezug/Monat | Anzahl | Summe | Bezug/Monat | Anzahl | Summe | Bezug/Monat Kürzung 1/3 | Anzahl | Summe |
| Landeshauptmann | € 15.504,00 | 1 | € 15.504,00 | € 15.504,00 | 1 | € 15.504,00 | € 10.336,00 | 1 | € 10.336,00 |
| LH-Stellvertreter | € 14.688,00 | 2 | € 29.376,00 | € 14.688,00 | 2 | € 29.376,00 | € 9.792,00 | 1 | € 9.792,00 |
| Regierungsmitglied | € 13.872,00 | 5 | € 69.360,00 | € 13.872,00 | 5 | € 69.360,00 | € 9.248,00 | 4 | € 36.992,00 |
| Landtagspräsident | € 11.016,00 | 1 | € 11.016,00 | € 11.016,00 | 1 | € 11.016,00 | € 7.344,00 | 1 | € 7.344,00 |
| LT-Präs.-Stellvert. | € 6.936,00 | 2 | € 13.872,00 | € 6.936,00 | 2 | € 13.872,00 | € 4.624,00 | 1 | € 4.624,00 |
| Klubobmann/frau | € 10.200,00 | 5 | € 51.000,00 | € 10.200,00 | 5 | € 51.000,00 | € 6.800,00 | 5 | € 34.000,00 |
| Summe monatlich | | | € 190.128,00 | | | € 190.128,00 | | | € 103.088,00 |
| Landtagsabgeordn. | € 5.304,00 | 48 | € 254.592,00 | € 5.304,00 | 40 | € 212.160,00 | € 3.536,00 | 49 | € 173.264,00 |
| Summe monatlich | | | € 444.720,00 | | | € 402.288,00 | | | € 276.352,00 |
| Summe jährlich | | | € 6.226.080,00 | | | € 5.632.032,00 | | | € 3.868.928,00 |
| Differenz zum derzeitigen Stand | | | | | | -€ 594.048,00 | | | -€ 2.357.152,00 |



KPÖ Landtagsabgeordneter Werner Murgg ist ein unermüdlicher Warner vor den negativen Folgen der EU-Integration: Unter dem Druck des Schuldeneintreibens und Sparens wird die Demokratie im Land eingeschränkt.

UMFRAGE: SAGEN SIE IHRE MEINUNG

Eine Änderung der Landesverfassung ist geplant. Was denken Sie?

SPÖ und ÖVP sollen künftig mehr Macht und mehr Personal in den politischen Büros bekommen.

JA NEIN

Wenn die Landesverfassung reformiert wird, können gleich die Politikerbezüge gekürzt werden

JA NEIN

Gedanken und Anregungen:

Name:

Adresse:



An die

**STEIRISCHE
Volksstimme**

Claudia Klimt-Weithaler
Landhaus, Herrngasse 16
8010 Graz

Fax: 0316 / 877 51 08

E-Mail: kpoe-ltk@stmk.gv.at

MEINUNG

Werner Murgg
KPÖ-Landtagsabgeordneter

Muss man sich heute vor „Reformen“ fürchten?

Vor Jahrzehnten hatte das Wort „Reform“ bei den arbeitenden Menschen einen guten Klang. Da gab es eine Bildungsreform, in deren Folge die Hochschulen demokratisiert und für Kinder aus Arbeiterfamilien geöffnet wurden. Unter dem Begriff Justizreform wurde der Zugang zum Recht erleichtert und den Frauen gesellschaftliche Gleichberechtigung ein Stück näher gebracht. Kurz: Unter Reform verstand man eine Verbesserung der Lebensverhältnisse der Arbeiter und Angestellten. Heute ist das anders: Sprechen die regierenden Parteien und ihre Experten von Reform, müssen sich die arbeitenden Menschen fürchten. So auch in der Steiermark: Dort sind ÖVP und SPÖ in einer „Reformpartnerschaft“ angetreten das Land zu verändern. Dabei geben sie, beklatscht von der Industriellenvereinigung und den großen Medien, fälschlicherweise vor, mit ihren „Reformen“ das alltägliche Leben der Steirerinnen und Steirer zu verbessern. Ich frage mich: Ist die Streichung hunderter Spitalsbetten eine Verbesserung oder eine Verschlechterung? Ist die Auflösung der

Lungenheilstation Hörgas-Enzenbach eine Verbesserung oder eine Verschlechterung? Ist die Kürzung der Wohnbeihilfe eine Verbesserung oder eine Verschlechterung? Ist die Abschaffung des Gratis-Kinder Gartens eine Verbesserung oder eine Verschlechterung? Ist die Einführung von Angehörigenregressen im Pflegebereich eine Verbesserung oder eine Verschlechterung? Ist die mit der geplanten Gemeindezusammenlegung zu befürchtende Schließung von Gemeindeämtern eine Verbesserung oder eine Verschlechterung? Die Beantwortung der Frage erübrigt sich. Medien, die herrschende Politik und ihre sogenannten Experten, haben das Wort „Reform“ in sein Gegenteil verkehrt. Die KPÖ kämpft dafür, dass dieses Wort wieder seinen ursprünglich guten Klang zurückerhält. Das geht nur, wenn mit einer Politik gebrochen wird, die lediglich den Interessen der Industriellenvereinigung und des großen Geldes gehorcht. Auch in der Steiermark!

Werner Murgg
KPÖ-Landtagsabgeordneter



Wie wollen wir Pflege?
Unser Ziel: Altern in Würde und keine Ausbeutung der Beschäftigten
Vorwähler der steirischen KPÖ zum Wahlrecht

Forderungen der KPÖ zur Pflege, Position der KPÖ zur Gesundheitspolitik: Broschüren, kostenlos anzufordern beim
KPÖ-Landtagsklub,
Tel. (0316) 877-5102,
E-Mail: georg.fuchs@stmk.gv.at

Gesundheit ist keine Ware!

Gedanken zur Gesundheitspolitik in der Steiermark



PRIVATISIERUNG, SCHLIESSUNGEN Ausverkauf im Ge

Die steirische rot-schwarze Gegenreform-Partnerschaft richtet sich auch gegen das Gesundheitswesen. SPÖ und ÖVP nehmen in Kauf, dass die Gesundheit der Bevölkerung zu einer beliebigen Ware wird und die Brieftasche über den Zugang zu Heilung und Gesundheit entscheidet.

Die KPÖ Steiermark hat in einer Broschüre mit dem Titel „Gesundheit ist keine Ware!“ Gedanken zur Gesundheitspolitik zusammengefasst. Darin verweist sie darauf, dass die Weltgesundheitsorganisation Gesundheit als „Zustand des vollständigen, körperlichen, geistigen und sozialen Wohlergehens und nicht nur als Fehlen von Krankheit und Gebrechen“ definiert.

Zur aktuellen Entwicklung heißt es: „Das Gesundheitssystem soll einer fatalen Profitlogik unterworfen werden. Je mehr Geld jemand hat, desto besser die Gesundheitsversorgung. Die Privatisierung im Gesundheitsbereich nimmt zu. Schon vor Jahren wurden die Spitäler ausgegliedert – ein Zwischenschritt zur Privatisierung. Aktuell wurde in der Steiermark ein Spitalskonzept beschlossen, das keinen Stein auf dem anderen lässt.“

Vor der Wahl haben SPÖ und ÖVP versprochen, keinen Spitalsstandort in Frage zu stellen. Jetzt droht ein Kahlschlag: Krankenhäuser sollen geschlossen, Abteilungen aufgelöst und hunderte Spitalsbetten gestrichen werden. Mit dem Effekt, dass Kranke unzureichend versorgt und Pflegepersonen schlechtere Arbeitsbedingungen vorfinden.

Schritte in den Abgrund

Dazu kommen weitere Schritte in den Abgrund, die vor allem von ÖVP-Landesrätin Kristina Edlinger-Ploder kommen, aber die gesamte Landesregierung zu verantworten hat:



Im Landesbudget wurden im März die **Streichung von 800 Spitalsbetten** und die Privatisierung der Landespflegeheime angekündigt. KPÖ-Landtagsabgeordneter Werner Murgg



Im Frühjahr 2011 berichtete „Die Presse“ (oben) über die Lungenheilstation Hörgas, die mit Landesmitteln auf den modernsten Stand gebracht wurde. Im September kam die Verkaufsausschreibung. Ein schweres Verlustgeschäft fürs Land.

UND SELBSTBEHALTE sundheitswesen

befürchtet, dass der Privatisierungsschritt zu einer Explosion der Pflegekosten führen wird.

In Beantwortung einer dringlichen Anfrage der KPÖ zum Spitalsstrukturplan, der die Einsparung von Spitalsabteilungen und die Schließung ganzer Krankenhäuser vorsieht, hat die Gegenreform-Partnerschaft die Einbeziehung von Vertretern der betroffenen Regionen abgelehnt.

Im Mai wurde bekannt, dass die **Grazer Kinderwunschambulanz** als sogenanntes PPP-Modell weitergeführt werden soll. KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler wies auf das Prinzip dieser Modelle hin, wonach „die Öffentlichkeit alles zahlt und für Verluste haftet, während die Profite von Privatinvestoren eingesteckt werden.“

Im August tritt ÖVP-Landesrätin Edlinger-Ploder für die **Einführung eines Selbstbehalts** als „erzieherische Maßnahme“ ein (kann man Kranke zum Nicht-Kranksein erziehen?), den alle Patienten zahlen sollen, die eine ärztliche Ordination aufsuchen. Klimt-Weithaler von der KPÖ bezeichnet diese Forderung als menschenverachtend, weil sie die Ärmsten am härtesten trifft.

Im Gegenzug verlangt die Klubobfrau der KPÖ im steirischen Landtag, die **Höchstbeitragsgrundlage** zur Krankenversicherung abzuschaffen. Der von der ÖVP angedrohte Selbstbehalt spielt für Landesregierungsmitglieder mit Gagen von 13.872 Euro pro Kopf und Monat (der Landeshauptmann streift 15.504 und sein Stellvertreter 14.688 Euro ein) keine Rolle, würde aber die Mehrheit der Bevölkerung schwer treffen.

Im September wurden das Gebäude und die Liegenschaften des **LKH Hörgas-Enzenbach** im Auftrag der Landesregierung zum Verkauf ausgeschrieben. Die Etablierung eines privaten Pflegeheims werde die Problem des Lands nicht lösen, aber die Pflegekosten in die Höhe treiben, wie KPÖ-Klubobfrau Klimt-Weithaler betonte.

In der KPÖ-Broschüre wird vor der Zerschlagung der bestehenden Strukturen gewarnt. **Noch ist es nicht zu spät: diese Pläne stehen großteils erst auf dem Papier: Protest und Widerstand sind möglich und notwendig.**

LKH Mürrzuslag: (Bild) Wenn Bezirkszusammenlegungen kommen, sind auch die Bezirks-Landeskrankenhäuser vom Zusperrern bedroht.



Vier Landespflegezentren werden derzeit noch vom Land Steiermark betrieben, darunter jenes in Knittelfeld (Bild). Jetzt sollen sie verkauft werden. Kurzfristig werden so Kosten verschleiert, langfristig ergibt die Verschönerungspolitik schwere Verluste für die öffentliche Hand.

<http://solidarischgesund.org/>

Arbeitskampf notwendig!

Österreich krank kürzen – das ist die eine Forderung des Internationalen Währungsfonds (IWF). Die in der Steiermark gegen das öffentliche Gesundheitswesen geführten Angriffe sind nur der Anfang.

Der IWF, hat in Österreich insbesondere das Gesundheitswesen im Visier. Er droht, dass Österreich sein Triple-A-Rating auf den internationalen Finanzmärkten verliert, wenn nicht pariert wird. Weiters fordert er Pensionskürzungen.

Die vom IWF geforderten Kürzungen werden die Ungleichheit weiter verschärfen, die Versorgung mit Gesundheitsdienstleistungen weiter verschlechtern und die Lebensqualität absenken. Alle drei Faktoren machen Menschen krank. Der IWF schlägt damit dem Menschenrecht auf bestmögliche Gesundheit mitten ins Gesicht. Das Menschenrecht auf bestmögliche Gesundheit gilt explizit als von wirtschaftlichem Wachstum unabhängig. Es hängt nur von den verfügbaren Ressourcen (Gebäude, Personal, Medikamente, Wissen) ab. Österreich hat, wie die allermeisten Staaten dieser Erde, dieses Menschenrecht unterzeichnet und ratifiziert.

Wann werden die sozialen Initiativen endlich aufwachen, die meinen, sie könnten mit punktuellen Aktionen harte gesellschaftliche Kräfteverhältnisse verschieben? Arbeitskämpfe sind notwendig, Streik ist das Gebot der Stunde. Gerade auch im Sozial- und Gesundheitsbereich.

Dass das geht, wie das geht, und dass das etwas bringt, hat pro mente Oberösterreich dieses Jahr gezeigt.

Wir müssen alternativ ein solidarisches Gesundheitswesen entwickeln, das dem Würgegriff des Kapitals und seines Staats entzogen ist.





MEINUNG

Von Peter Scherz,
Arbeiterkammer-
rat des GLB

**Kampfbereitschaft
hat 4,2% gebracht**

Die Streiks und Kampfaktionen in den Betrieben haben das Selbstbewusstsein der arbeitenden Menschen gestärkt und zu einem Lohnabschluss über der Inflationsrate geführt.

Gleichzeitig haben das Eingreifen der Sozialpartnerschaftsspitzen, die Sondierungsgespräche im kleinen Kreis und das Aussetzen der Streiks den Kampfeswillen der Beschäftigten abgebremst und ein noch besseres Ergebnis verhindert.

Ich habe dem Ergebnis als GLB-Vertreter schließlich zugestimmt, weil es für die Frauen (verbesserte Anrechnung der Karenzzeiten) und die unteren Lohngruppen deutliche Verbesserungen bringt. Hervorzuheben ist dabei der Mindestbetrag von 80 Euro monatlich. Im Gegensatz zu der von den Unternehmern angebotenen Einmalzahlung von 200 Euro ist diese Erhöhung dauerhaft wirksam.

Ein Lob der Sozialpartnerschaft ist keineswegs angebracht ist: Sie hat den Kampf der Arbeiterschaft abgebremst. Es ist schade, dass die Gewerkschaftsspitze trotz der Unterstützung in den Betrieben und in der Bevölkerung insgesamt am Schluss Angst vor der eigenen Courage bekommen hat.

Jetzt geht es darum, auch in anderen Branchen ordentliche Lohnabschlüsse zu erreichen und dabei vor Kampfmaßnahmen nicht zurückzuschrecken.

STREIK wirkt

Abschluss von 4,2 Prozent trotz

Die Unternehmer Metall wollten die Verhandlungen über den Kollektivvertrag auf die lange Bank schieben. Ihr Verhandlungsführer Christoph Hinteregger, Vorstand beim Seilbahnhersteller Doppelmayr, hoffte, die Metaller durch den prognostizierten Konjunkturabschwung einschüchtern zu können.

Schon nach der ersten Verhandlung am 4. Oktober wurden bundesweit Betriebsrätekonferenzen durchgeführt. Diese beschlossen Betriebsversammlungen für die beiden Tage vor dem zweiten Verhandlungstermin. Mit nur 3,65% und einer Einmalzahlung von 200 Euro provozierten die Unternehmer den Abbruch der Verhandlungen. Die Beschäftigten empfanden das als Hohn angesichts der 2,5 Milliarden Euro Gewinnausschüttungen

an die Aktionäre. Betriebsversammlungen und Warnstreiks an den beiden folgenden Tagen, an denen sich 100.000 Beschäftigte in 200 Betrieben beteiligten, waren ihre Antwort: Streiks bzw. Betriebsversammlungen bei Böhler Edelstahl, Böhler Schmiedetechnik, Pewag, Austria Draht, VA Erzberg, beide VA Divisionen, bei Stahl und Schiene in Donawitz, VA Tubular, Stahl Judenburg, VAE Eisenbahnsysteme, Styria Federn und anderen Betrieben. Überhebliche Unter-

nehmervertreter wurden von den Beschäftigten gezwungen, den scheinbar eingemauerten dritten Verhandlungstermin vorzuziehen. Irritiert von der Wucht der Streiks und der realen Gefahr, dass Bänder, Maschinen und Hochöfen am Montag nicht anlaufen würden, „wünschten“ die Sozialpartner-Präsidenten eine Bereinigung des Konflikts. Verunsichert folgten die Verhandlungsspitzen und führten „Sondierungsgespräche“ an einem geheimen Ort. Offenbar hatten sie Angst vor Demonstrationen.

Ergebnis mager

Angesichts der großartigen Bereitschaft und Solidarität der Belegschaften, auch einen längeren Streik durchzuziehen, ist das Ergebnis letztlich mager. Am 1. November steigen für die 165.000 Beschäftigten in der Metallindustrie und dem Bergbau die Ist-Löhne um 4,0 bis 5,3%, die Lehrlingsentschädigungen um 4,3%, Zulagen um 4,0%, Aufwandsentschädigungen um 3,8%. Der KV-Mindestlohn beträgt nun 1582,54 Euro, damit gibt es eine Lohnerhöhung von mindestens 80 Euro für alle. Die Anrechnung der Karenzzeiten wird auf 16 Monate für jedes Kind erhöht.



Der ÖGB beteiligte sich im Frühjahr an den Protesten gegen die Landesregierung. Schon da zeigt sich: Kampfbereitschaft wirkt!

IK!

tzdem ungenügend

Trotzdem: Angesichts gewaltig gestiegener Produktivität und einer tatsächlichen Inflation weit über der offiziellen Marke waren die von der Gewerkschaft geforderten 5,5 Prozent eine realistische Forderung. Vermutlich haben auch das Eingreifen der unsäglichen Sozialpartnerschaftsspitzen, die Sondierungsgespräche im kleinen Kreis, das Aussetzen der Streiks den Kampfwillen der Beschäftigten abgebremst und einen Fünfer vor dem Komma verhindert. Dieser Fünfer wäre mehr als gerechtfertigt gewesen: schließlich waren die letzten Abschlüsse insgesamt unbefriedigend und haben die Konzerne im letzten Jahr riesige Gewinne eingefahren. Es geht bei diesem Abschluss ja nicht um irgendwelche kleine „Quetschen“; das Gewerbe verhandelt erst. Der Abschluss betraf die Industrie, also die Konzerne und Großbetriebe, die satte Gewinne ausgeschüttet haben. Hier ein Fünfer vor dem Komma hätte auch für die Kolleginnen und Kollegen beim Metallergewerbe einen guten Rückenwind bedeutet.

5,5 Prozent wären gerechtfertigt

Angesichts der enormen Gewinne, der Erhöhung der Grundgehälter der Führungskräfte um 4,1 % plus sagenhafte Boni, wären die 385 Millionen Euro, die die geforderte Erhö-



Magna-Steyr-Betriebsrat Peter Scherz, GLB-Vertreter in Verhandlungsteam:

„Jetzt geht es darum, auch in anderen Branchen ordentliche Lohnabschlüsse zu erreichen und dabei vor Kampfmaßnahmen nicht zurückzuschrecken.“

hung um 5,5% gebracht hätte, ein Klacks für die Wirtschaft.

Gleichzeitig wurde bei den Beschäftigtenzahlen gekürzt, was ein Minus von 12.000 Arbeitsplätze ergibt. Der Beschäftigungsstand ist immer noch nicht auf Vorkrisenniveau. Das heißt, es wird mit weniger Personal Tag und Nacht gearbeitet. Die Produktivität ist um 5% gestiegen und der Personalaufwand ohne Abfertigungen und Pensionen an der Betriebsleistung liegt in der Metallindustrie bei durchschnittlich 15,4%! Die Lohnstückkosten in Österreich sanken seit 2005 im Verhältnis zu den anderen EU-Ländern um durchschnittlich 0,8 Prozent pro Jahr. Das sind die Fakten!

TATORT **BERATUNG**
Arbeitsplatz in Fragen des
ARBEITSLEBENS und BERUFSALLTAGS

jeden **MONTAG** von 16 bis 18 Uhr
im Volkshaus Graz, Lagergasse 98 a

oder Tel. **0660 / 1426 080**

E-Mail: glb@glb-steiermark.at

<http://www.glb-steiermark.at/>



PODIUMSDISKUSSION

Freitag, 11. November 2011, 19.00 Uhr • KPÖ-Bildungszentrum im Volkshaus Graz
Mit InteressenvertreterInnen aus Gewerkschaft, Arbeiterkammer und Sozialbewegung

SYMPOSIUM

Samstag, 12. November 2011, 10–15 Uhr • KPÖ-Bildungszentrum im Volkshaus Graz
Klassenkampf und Interessenpolitik: Kommunistische Gewerkschaftspolitik und Betriebsarbeit in historischer und aktuell-politischer Perspektive



4,2 Prozent Lohnerhöhung konnte die Produktionsgewerkschaft durch ihre österreichweiten Streiks erzielen. Ein Vorbild für alle anderen Branchen, sich auf die Füße zu stellen!

Die neue „Bedarfsorientierte Mindestsicherung“ – Groteske geht weiter..

In Zeiten wie diesen muss gespart werden! – Dieses landauf, landab von den (Landes-)Politikern gepredigte Credo könnte man sogar für angebracht halten:

- Angesichts** der 18 Milliarden (!)-Euro-Garantie für die marode Bank unserer Kärntner Nachbarn.
- Angesichts** der hunderten Millionen, die der öffentlichen Hand fehlen, weil der Verkauf der BUWOG ein „abgekartetes Spiel“ war.
- Angesichts** der Millionen, die für Events und Berater des Landes Steiermark „hinausgeblasen“ werden, als gäbe es kein morgen...
- Angesichts** der Anschaffung des absolut teuersten Fluggeräts für unser Bundesheer: Systemkosten von bis zu 5 Milliarden Euro.

Liebe Leserinnen und Leser,

Sie haben es natürlich schon erraten: Rot-Schwarz haben sich in größtmöglicher Harmonie darauf geeinigt, bei jenen einzusparen, die eben keine Lobby haben, also bei Mindestsicherungsbeziehern, Wohnbeihilfenbeziehern (Mindestpensionisten u.a.) in der Jugendwohlfahrt und bei der Behindertenbetreuung, kurz: bei Menschen mit geringstem Ein-



Der „Tag der Härtefälle“ der Plattform25 zeigte an konkreten Beispielen, dass das Sozialbudget viele in die Armut drängt.

kommen. Und eine Erhöhung der Vermögenssteuern – also die Einforderung einer Beteiligung jener, die mit unser aller Arbeit gutes Geld verdienen – ist weiterhin nicht in Sicht.

Dieses kurzsichtige „Sparen“ wird uns alle noch viel Geld kosten, spätestens dann, wenn aktuell nicht mehr betreute Jugendliche aus schwierigem Elternhaus sich andere Wege suchen, Dampf abzulassen; spätestens dann, wenn (Spiel-)Süchtige ihre Familien mit in den Ruin reißen. Spätestens dann, wenn auch der aller-allerbeste Rettungsschirm dieses System des Turbokapitalismus und der

Megaspekulation nicht mehr auffangen wird können.

Nochmals zurück zur Mindestsicherung:

Die „Bedarfsorientierte Mindestsicherung“ war seitens des Ministeriums immer als Pauschale gedacht und sollte 14 mal ausbezahlt werden – man wollte eine österreichweite Vereinheitlichung. Herausgekommen ist für die Steiermark: Die Bezirkshauptmannschaft Leibnitz rechnet anders als die BH Voitsberg, die Grazer völlig anders als alle anderen und der Unabhängige Verwaltungssenat hat ganz eine eigene Berechnungsmethode gefunden... – Wir bitten daher um Verständnis, dass wir den Hilfesuchenden, die sich an die Sozialberatung der KPÖ wen-

den, zu Berufungen und zu Beschwerden an die Volksanwaltschaft bzw. an Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof geraten haben (kostenlos, im Rahmen der Beratung bzw. der Verfahrenshilfe). Es kann nicht sein, dass man einer schwer kranken Sozialhilfebezieherin € 2438.- pro Jahr wegstreicht, entgegen allen Vereinbarungen mit dem Bund, unter Berufung auf ein Gesetz, das laut einer Mitarbeiterin des Unabhängigen Verwaltungssenats „so schlecht“ ist, dass man gar nicht entscheiden könne.

Falls Sie betroffen sind: WEHREN SIE SICH!

Falls Sie Betroffene kennen: Raten Sie ihnen zu einem Termin bei der Sozialberatung der KPÖ.

Notruf 0316/877 5102

Helfen statt reden. **KPÖ** wirkt!
Mit Rat und Tat!

Wir beraten Sie gerne.
Tel. Anmeldung erbeten. **Graz, Landhaus**



Anfragen: KPÖ-Landtagsklub
DSA Karin Gruber
Herrngasse 16, 8010 Graz
Tel. 0316 / 877 - 5101



PLATTFORM 25: PROTESTE GEGEN REGIERUNG GEHEN WEITER

„Sports net bei die Armen!“

plus
25%

Zehntausende Steirerinnen und Steirer protestierten in Frühjahr gegen die unsoziale Landesregierung, die 25% der Mittel im Sozial- und Gesundheitsbudget gekürzt hat.

Die Kürzungen gehen zu Lasten der Schwächsten in der Gesellschaft.

Wirklich erfreulich ist, dass sich viele Steirerinnen und Steirer aktiv ins politische Geschehen eingemischt haben und der Regierung gezeigt haben, dass sie nicht von oben herab behandelt werden wollen. „In unserem Land ist eine soziale Bewegung entstanden, mit der auch in Zukunft zu rechnen sein wird“, sagt die KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler. Denn ohne breiten Widerstand wird die Landesregierung ihren Kurs des Sozialabbaus fortsetzen.



Von der Großdemonstration bis zum Schuhwerfen. Vom ÖGB bis zu den Musikschulen. Zehntausende Teilnehmerinnen und Teilnehmer protestierten gegen das Belastungsbudget des Landes.



Steirerinnen und Steirer müssen besonders viele Belastungen ertragen

Abg. Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ): Pflegeregress, Kindergartengebühren, gestrichene Leistungen in der Betreuung von Menschen, ständig steigenden Gebühren für Wasser, Müll,

öffentlichen Verkehr sowie die rasante Teuerung bei Lebensmitteln führen dazu, dass sich viele Menschen das tägliche Leben nicht mehr leisten können.

Andreas E. von der Plattform

solidarischgesund.org: **Die in den Sozial- und Gesundheitseinrichtungen Tätigen haben es in der Hand, zu streiken. Und sie müssen es tun, wollen sie politisch ernst genommen werden.**

Kaputtverwaltet

Im Namen der Euro-Schuldendiktatur gibt es Sozialabbau:

- Regress für Angehörige
- Privatisierung im Gesundheitswesen
- Kindergartensteuer für Eltern
- Demokratie- und Arbeitsplatzabbau durch sogenannte „Verwaltungsreform“

Voves und Schützenhöfer, die diese grausamen und selbstzerstörerischen Belastungen und Streichungen durchziehen haben leicht lachen: Keiner von beiden wird sich aus Altersgründen der nächsten Wahl stellen. Die Scherbenhaufen ihrer Belastungspolitik überlassen sie ihren Nachfolgern.

Angekommen: Krise & Proteste in der Steiermark

Herausgegeben von Leo Kühberger/Samuel Stuhlpfarrer

Längst schon hat der Kampf um die Verteilung der Krisenlasten Europa erreicht. Von Athen bis Madrid richten sich die Proteste der Unterklassen gegen die Schuldendiktatur von EU und IWF und die Ungleichverteilung gesellschaftlichen Reichtums. Und Österreich? Auch hierzulande sind Krise und Proteste angekommen. In der Steiermark sollte sich dies in den Haushaltsplänen der Landesregierung und dem dagegen einsetzenden

Widerstand ausdrücken.

Die in diesem Band versammelten Beiträge, Interviews und Stellungnahmen dokumentieren die Geschichte dieses Protests. Sie verorten Sparlogik und Widerstand global und ökonomisch. Und sie zeigen Handlungsmöglichkeiten auf; Spielräume im politischen Prozess, die da und dort innerhalb des Systems, letztlich jedoch nur in dessen Überwindung erfolgreich sein können.

Ende 2010 begannen die Subalternen im Maghreb damit, ihre Despoten zu vertreiben. Nur wenige Monate danach forderten die Jugendlichen Spaniens „echte Demokratie“ ein. Die zum Symbol des Widerstands gegen die Austeritätsdiktatur von EU-Kommission, EZB und IWF geworden.

Und Österreich? Auch hierzulande ist der Kampf um die Verteilung der Krisenlasten längst angekommen. In der Steiermark sollte sich dies im Entwurf für das Doppelbudget 2011/12 ausdrücken. Die Haushaltspläne der Landesregierung stellen hierorts nicht nur den größten Anschlag auf die elementaren Interessen der arbeitenden Bevölkerung dar, sie herozieren auch den Boden für die größte soziale Bewegung in der Steiermark seit drei Jahrzehnten.

Die in diesem Band versammelten Beiträge, Interviews und Stellungnahmen aus der Bewegung dokumentieren die Geschichte dieses Protests. Sie verorten die Sparlogik und den dagegen einsetzenden Widerstand global und ökonomisch. Und sie zeigen Handlungsmöglichkeiten auf. Spielräume im politischen Prozess, die da und dort innerhalb des Systems, letztlich jedoch nur in dessen Überwindung erfolgreich sein können.

Forum Stadtpark Verlag / Graz / 2011.
ISBN: 978-3-901109-33-1, 102 Seiten,
Euro 12.-
Erhältlich im Bildungsverein der KPÖ
Steiermark. Tel. 0316/71 29 59

Der „Fall Herberstein“

In seinem jüngst erschienen Buch „Der Fall Herberstein“ spricht Heinz Boxan, Aufdecker, Kronzeuge und ehemaliger Verwalter der Herbersteins, eine klare Sprache. Akribisch hat er für interessierte Zeitzeugen die Ereignisse dieses steirischen Kriminalfalles im Dunstkreis der Landespolitik zusammengetragen.

Heinz Boxan war über 30 Jahre Zeitzeuge dieses, wie es am Buchdeckel heißt, „steirischen Fiaskos als Beispiel für organisierte Kriminalität rund um eine falsche Gräfin.“ Über Jahre hinweg hatte der durch sein Dienstverhältnis in einem Abhängigkeitsverhältnis zu den Herbersteins stehende Boxan die betrügerischen Handlungen seiner Arbeitgeber unterstützt. Ziel der Machinationen der Herbersteins war die missbräuchliche Verwendung von Steuergeld. Boxan: „Ich war weisungsgebunden und habe mich zu keiner Zeit bereichert. Nutznießer war ausschließlich die Familie Herberstein.“ Heinz Boxan führt in seinem Buch schier unglaubliche

Malversationen zu Tage, die auf Grund politischer Blauäugigkeit der damaligen ÖVP-dominierten Landesregierung „fröhliche Urständ feiern konnten“, wie Boxan meint.

Heinz Boxan zitiert in einem Buch auch aus den Gerichtsprotokollen. Da wird dem Leser so manche Unverfrorenheit präsentiert: Ein Hofrat, der eigentlich die Herberstein-Bilanzen einsehen sollte, meinte: „Dazu haben wir keine Veranlassung gehabt.“ Förderungen wurden maastrichtkonform verschleiert und vom zuständigen Landesrat als „Steirischer Brauch“ tituliert. Für eine Ortserneuerung gewidmete Fördergelder wurden

für ein Museum am Areal der Herbersteins umgewidmet. Eine teure Stahlterrasse für das mondäne Domizil von Thomas Hampson, Lebensgefährtin von Andrea Herberstein, landete als umgeschriebene Rechnung im Tierpark Herberstein und wurde von der Landespolitik gefördert.

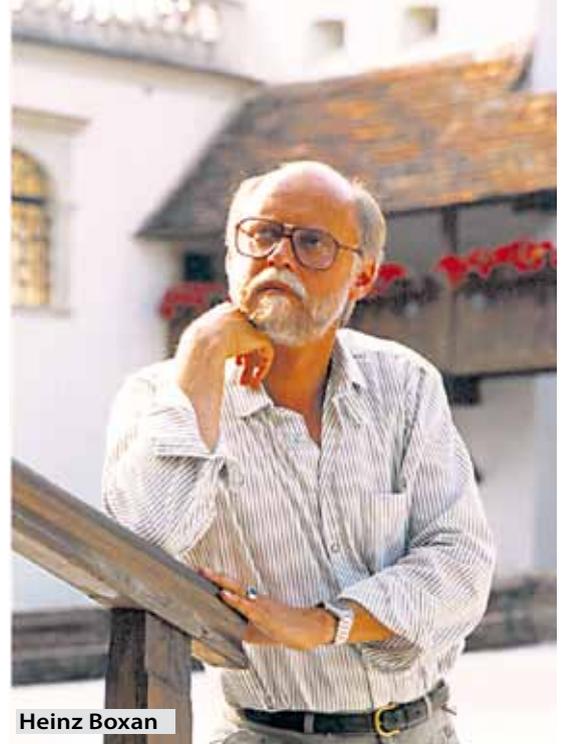
All das schildert Heinz Boxan in seinem Buch. Letztlich wurden nur zwei Personen gerichtlich verurteilt. Andrea Herberstein fasste ein denkwürdig mildes Urteil aus; ob und in welcher Form sie die Strafe überhaupt absitzen wird müssen, steht noch in den Sternen.

Heinz Boxan, der den Fall ins Rollen brachte, wurde bedingt verurteilt.

Werner Murgg, Landtagsabgeordneter der KPÖ, führte seinerzeit den Vorsitz im Herberstein-Untersuchungsausschuss des Landtages. Murgg: „Der Ausschuss hat mir allem eines gezeigt. Geht es um soziale Leistungen für die einfachen Steire-

rinnen und Steirer wird um jeden Cent gefeilscht. Für den Geldadel ist der Landespolitik nichts zu teuer. Ich war erschüttert, wie beispielsweise im Tierpark mit den Angestellten umgegangen wurde und mit welchem Bettel diese abgespeist wurden. Der Ausschuss konnte wenigstens erreichen, dass die Beschäftigten jetzt in das Lohnschema des Landes übernommen wurden und einen Betriebsrat wählen konnten.“

Heinz Boxan, Der Fall Herberstein. WV Buch-Kunst-Musik Verlag, 19,80 Euro, versandkostenfrei unter Fax: 03118-51631 bzw. www.dieoststeirische.at



Heinz Boxan



Der langjährige Verwalter der Herbersteins, Heinz Boxan, brachte den Kriminalfall ins Rollen.



OFFENES TREFFEN
KPÖ-Oststeiermark
Jeden ersten Freitag im Monat
ab 19 h beim Dorfwirt (Gölles)
in Flöcking bei Gleisdorf.

RAT UND HILFE IN
WOHNUNGSFRAGEN



Mieterschutzverband
Steiermark

Sparbersbachgasse 61

Tel. 0316 / 38 48 30
Sprechstunden – Bitte
um tel. Voranmeldung!
Mittwoch 14.30 – 19.00 Uhr
Freitag 9.00 – 11.30 Uhr

www.mieterschutzverband.at



Glasflasche kontra Plastikflasche

Die Glasflasche zählt im österreichischen Einzelhandel eher zu den aussterbenden Warengattungen. Dabei ist bekannt, dass PET-Flaschen Weichmacher enthalten, die gesundheitsschädliche Auswirkungen haben. Diese Stoffe kommen in Lebensmittelverpackungen, Plastikflaschen, Milchpackungen, Trinkbechern und Plastikgeschirr zum Einsatz. Besonders viel Bisphenol-A löst sich aus dem Kunststoff, wenn etwa eine Babyflasche mit Milch in der Mikrowelle erhitzt wird.

Tester fanden zwischen 67 und 157 Mikrogramm Bisphenol-A je Liter Flüssigkeit.

Dabei werden kaum Alternativen angeboten. Selbst Geschäfte mit Pfandsystem führen Glasflaschen nur mehr nebenbei. Einzige Ausnahme: die Bierflasche – aber selbst beim Bier ist Plastik im Vormarsch. Wie beim Klimaschutz ist Österreich in der Abfallwirtschaft vom Vorreiter zum Nachzügler geworden. Pfandsysteme für PET-Flaschen gibt es in vielen Ländern, nicht aber bei uns.

WERBESCHMÄHS IM SUPERMARKT

Iss - und es geschieht ein Wunder

Manche Nahrungsmittelwerbung gaukelt uns vor, was nicht ist. Unlautere Werbemethoden und Mogelpackungen liegen im Trend.

beim Billa gleich dreimal so viel kostet wie ein halbes Kilo (500 Gramm) herkömmliches Clever-Fruktjoghurt, das bereits um 79 Cent käuflich zu erwerben ist, ist wenigstens die Briefftasche gleich nicht mehr so aufgebläht.

Schlank durch Konsum?

Mit millionenschweren Werbekampagnen buhlen die Lebensmittelkonzerne um unsere Gunst. Dabei wird gemogelt und getrickst, was das Zeug hält.

Beliebt und immer wieder auf den Bestsellerlisten der Supermärkte zu finden sind die diversen „Schlankmacher“. Eine als „Fastendrink“ beworbene bewusst tailliert gehaltene Joghurt-Drink-Flasche von Nöm beispielsweise mit dem Großaufdruck „0,1 % Fett“ kostet bei exakt gleicher Kalorienanzahl doppelt so viel wie simple Buttermilch. Aber so süß schmeckt die Buttermilch halt nicht...

Beauty- und Brain-Food

Stark im Trend liegen Nahrungsmittel mit „Zusatznutzen“, auch „functional food“ genannt.

Im Juni bedachte die Verbraucherorganisation Foodwatch.com die Milch-Schnitte von Ferrero mit dem „Goldenen Windbeutel“ für den frechsten Werbeschwindel.

Mit dem Slogan „Schmeckt leicht. Belastet nicht. Ideal für zwischendurch“ wirbt der Süßwarenkonzern für eine Kalorienbombe mit einem Zucker- und Fettgehalt von sage und schreibe 60%. Damit hat die Milchschnitte sogar einen höheren Nährwertgehalt als ein Stück Schoko-Sahnetorte.

Aufgeblähte Briefftaschen

Der zweite Platz von Foodwatch entfiel heuer auf das Joghurt „Activia“ von Danone, das laut Werbebotschaft jegliche Verdauungsprobleme aus der Welt schafft. Wenn es dann mit 2,39 Euro für 480 Gramm zB.



Schöner werden durch noch mehr essen? Wer wollte das nicht? So wird Schokolade gegen Akne genauso angeboten wie Marmelade gegen Falten.

Diverse – übrigens meist überzuckerte – Frühstücksflocken sollen die Denkleistung erhöhen. „Brain Food“ nennt man das dann. Und trinken wir ein bestimmtes Bier, dürfen wir uns rühmen, einen Beitrag gegen den Klimawandel geleistet zu haben.

Werbung statt Zutaten

Billig erzeugen – teuer verkaufen, lautet die Maxime der Lebensmittelkonzerne. Und das geht halt am besten mit einem gelungenen Werbeschmäh und der richtigen Mogelpackung.

Die Botschaft, dass man gegen den Klimawandel antrinken und sich schlank, schön und gesund essen kann, sollte man daher lieber mit Vorsicht genießen.

Korruptionssumpf Österreich

Berater und Privatisierer

Österreich wird von einer Serie von Korruptionsaffären in Atem gehalten. Im Rampenlicht stehen nicht die Haupttäter, sondern die Helfershelfer bei der Bereicherung an öffentlichem Eigentum. Das dahinter stehende System wird in der Berichterstattung der Medien weitgehend ausgeblendet.

Wer die Voraussetzungen für die Skandale um Bundeswohnungen und Eurofighter, Flughafen Wien und Telekom, ÖBB und Regierungsanzeigen ernsthaft analysiert, stößt unweigerlich auf die Privatisierungswelle, die seit der Regierungsübernahme der ÖVP ab 1987 nicht mehr abgerissen ist. Im Umfeld des Verkaufs des staatlichen „Tafelsilbers“ hat sich ein Klüngel von Rechtsanwälten, Wirtschaftsberatern und Bankenkonsortien herausgebildet, die in diesem Prozess kräftig mitgemischt und glänzend verdient haben.

Was war meine Leistung?

Zur stehenden Phrase wurde die Frage von Walter Meischberger an seinen Freund Ex-Finanzminister Karl-Heinz Grassler in Zusammenhang mit der Privatisierung der BUWOG (Bundeswohnungen): „Was war meine Leistung.“ Mittlerweile hat sich herausgestellt, dass es die Mitteilung an den Bestbieter war, er müsse den Betrag von 190 Millionen Euro überbieten. Dieser Tipp war rund 10 Millionen Euro wert, den Walter Meischberger und Peter Hochegger gemeinsam eingestrichelt haben.

Lobbyisten und Berater waren bei allen anderen Privatisierungsfällen ebenfalls im Einsatz. Die Geschichte, wie die ver-



staatlichte Industrie zerlegt und verklopft wurde, ist noch nicht geschrieben. Fest steht nur, dass die ÖIAG als Eigentümervertreter sich zu Gute hält, dass die Aktien sämtlicher veräußerten Betriebe – von der OMV über die VOEST bis zur Telekom – im Ausgabejahr jeweils einen höheren Kursanstieg verzeichnen konnten, als dem Durchschnitt der Wiener Börse entsprach. Das heißt, dass die Unternehmen unter ihrem Wert verkauft wurden.

23 Millionen für Berater

Gleichzeitig führten wechselnde Koalitionen und Ressortverschiebungen zur Aufblähung der Ministerbüros und Abhalfterung der Spitzenbeamtenschaft. Den Sektionen wurde die Aufgabe aus der Hand genommen, in den jeweiligen Ministerien die Grundlagen für Schlüsselentscheidungen zu erarbeiten. Statt dessen nahmen die Stäbe der Minister strategische Weichenstellungen und personelle Besetzungen in den staatsnahen Bereichen (Post, ÖBB, ASFINAG

usw.) vor. Nicht vorhandene Eigenexpertise wurde zunächst durch Quereinsteiger in die Ministerien und später von Beratern aller Art beschafft. Auch die steirische Landesregierung hat über 23 Millionen Euro für Beraterdienste ausgegeben, wie der Rechnungshof unlängst bestätigte. Die meisten Leistungen könnten auch von den Landesbediensteten erbracht werden.

Das Ergebnis dieser Veränderungen wurde besonders spürbar, als mit der Bildung der schwarz-blauen bzw. schwarz-orangen Koalition hungrige Kräfte an die Futtertröge der Macht drängten und ohne jeden Genierer die eigenen Taschen und die Konten von ihren Freunden und Parteien zu füllen begannen. Jeder neu aufgedeckte Skandal zeigt dasselbe Muster: Gleichgültig ob BUWOG oder Eurofighter, Telekom und Flughafen Wien, Personalrochaden in ÖBB und ASFINAG – immer sind Berater und Lobbyisten im Spiel.

Überdies wurden häufig ausgesprochene Nietten zu General-

direktoren ernannt, um wenig später mit Goldenem Handschlag verabschiedet und mit Beraterverträgen überhäuft zu werden. Diese unter Rot-Schwarz ungebrochene Praxis hat weiterhin Methode. Der Hang der Medien zur Personalisierung führt dazu, dass handelnde Personen vereinzelt kenntlich gemacht werden; das System hinter diesen „Unfällen“ wird hingegen nicht benannt. Kolportierte Schweinereien wie der Verkauf von ÖBB-Grundstücken durch Herren der Unternehmensspitze an Ehefrauen bleiben folgenlos.

Vor diesem Hintergrund ist es ein starkes Stück, dass die ÖVP ausgerechnet am Höhepunkt der Skandalwelle die Vollprivatisierung der verbliebenen Staatsbetriebe und staatlichen Beteiligungen verlangt hat. Gefahr scheint jedenfalls in Verzug: Im Moment gibt es etwa Bemühungen um den Ägypter Naguib Sawiris (reichster Mann Afrikas) und dem österreichischen Investor Ronny Pecik, die Mehrheit an der Telekom Austria zu erwerben.

Pensionisten: Inflation führt zur Verarmung

Unser Leben ist mehr wert als eure Profite

Kräftige Pensionserhöhung muss her!

Die meisten Pensionistinnen und Pensionisten leben nicht im Überfluss. Die durchschnittliche Pensionshöhe liegt ca. bei 1.000 Euro brutto im Monat.

Mit Jänner 2011 wurden die Pensionen um 1,2 Prozent erhöht. Eine Erhöhung, die bei kleinen Pensionen, vor allem bei Ausgleichsbeziehern, keine nennenswerte Verbesserung des Einkommens brachte.

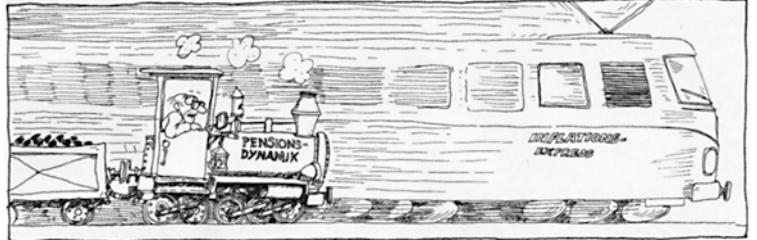
Bereits im Jänner 2011 stand den 1,2 Prozent Pensionserhöhung eine Inflation von 2,4 Prozent gegenüber und es ging munter weiter. Im Februar betrug die Inflation 3,0 Prozent, im März 3,1 Prozent, im April 3,3 Prozent. Im Mai war die Inflation rückläufig, sie sank um ganze 0,1 Prozent auf 3,2 Prozent.

Bei der Berechnung der Inflationsrate liegt ein Warenkorb zugrunde, der alles Mögliche berücksichtigt, jedoch in keinsten Weise den täglichen Einkauf beziehungsweise die laufenden

monatlichen Zahlungen widerspiegelt.

Betrachtet man die Inflation im Detail, so wird das Dahinschmelzen der Pensionseinkünfte deutlich sichtbar. Für den Mikrowarenkorb, der überwiegend Nahrungsmittel enthält und dem täglichen Einkauf entspricht, musste im Juni um 6,9 Prozent mehr bezahlt werden. Einige Produkte schnellten besonders in die Höhe. So wurde Kaffee um 29 Prozent teurer und auch die alkoholfreien Getränke mit einer durchschnittlichen Verteuerung von 11,4 Prozent führen dazu, dass sich viele den Kauf zweimal überlegen müssen.

Die Preissteigerungen auf dem Energiesektor gehen überhaupt bereits in astronomische Höhen. Diesel stieg um 17,6 Pro-



zent, auch das Heizöl verteuerte sich um 15,4 Prozent. Und auch bei Strom und Gas gab es einen kräftigen Preisschub.

Bei dieser Verteuerung des täglichen Lebens ist bei der nächsten Pensionsanpassung lediglich eine Abgeltung der durchschnittlichen Inflation viel zu wenig und bereits heute abzulehnen. Auch eine Teuerungsabgeltung in Höhe des Pensionistenpreisindex, der um zwei bis drei zehntel Prozentpunkte höher liegt, ist bei Weitem nicht ausreichend. Der älteste Pensionistenverband Österreichs, der Zentralverband, verlangt daher für das Jahr 2012 eine Pensionserhöhung, die die Verteuerung des täglichen Lebens abgilt, denn die Pensionen haben in den vergangenen Jahren derart an Kaufkraft verloren, dass für viele Pensionistinnen und Pensionisten ein weiterer Kaufkraftverlust nicht verkraftbar ist.

Wenn die Regierung für Banken, Versicherungen und

Regierung holt sich Geld bei Pensionisten

Seit heuer wird die doppelte Pension erst im November statt im Oktober ausbezahlt. Damit erspart sich die Regierung viele Zinsen und sie spekuliert auch darauf, dass Senioren das Zeitliche segnen. Schließlich wird die Pension seit Jahren im Nachhinein ausbezahlt und verfällt, wenn der berechnete in diesem Monat sterben sollte.

Auch beim Pflegegeld hat es Probleme gegeben.

sonstige Spekulanten schon zweistellige Milliardenbeträge zur Verfügung stellt, dann ist es wahrlich nicht zu viel verlangt, dass sie auch für die ältere Generation ein Leben in sozialer Sicherheit und Würde gewährleistet.

Die Eurokrise bringt eine hohe Inflation beim Mini-Warenkorb (täglicher Bedarf) von 6,9 Prozent mit sich. Wann werden die Preise wieder durch eine amtliche Preisregelung reguliert?



ZVP Zentralverband der Pensionisten

SPRECHSTUNDEN

Mo. bis Fr. von 10 bis 12 Uhr

Lagergasse 98a, 8020 Graz • E-Mail: zentralverband@gmx.at

☎ 0316/ 71 24 80 Voranmeldung erbeten.

Wir helfen bei:

- Anträgen um Pflegegeld
- Antrag für eine „einmalige Unterstützung“
- Pensionsanträgen wie Alterspension, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension, Hinterbliebenenpension wie Abfertigung und Abfindung
- anderen Unterstützungen; Gebührenbefreiungen
- anderen Problemen



Jugend ohne Zukunft?

Der Blick in die Zukunft bereitet immer mehr jungen Menschen Bauchweh. Kein Wunder: Werden wir doch als erste Nachkriegs-Generation hinter den Lebensstandard unserer Eltern zurückfallen. Die Situation ist bereits jetzt schon für viele von uns äußerst drückend:

Arbeit: Geringe Entlohnung, unbezahlte Überstunden, Leistungsdruck und keinerlei Mitspracherechte im Betrieb – so sieht der Alltag der meisten Lehrlinge und Arbeiter/innen aus.

Schule: Teure Nachhilfe, Abzocke durch Kopierkosten und Selbstbehalte sowie kaputtgesparte Schulen erschweren den Schüler/innen das Leben.

Universitäten: Stress- und sorgenfrei Studieren war einmal. Heute haben die meisten Student/innen mit Verschulung, Geldproblemen, Vereinbarkeit von Studium und Job sowie Perspektivenlosigkeit zu kämpfen.

Reichtum und Armut: Österreich ist eines der reichsten Länder der Welt, nur ist das

Geld in den falschen Händen. Unternehmen fahren Milliardengewinne ein und die 70.000 Millionäre wissen kaum wohin mit ihrem Reichtum – während für die breite Masse immer weniger zum Leben bleibt.

Sexismus: Noch immer verdienen Frauen ein Drittel weniger als Männer und leiden zusätzlich unter dem sexistischen Bild, das von Medien, Werbung und Politik vermittelt wird. Zum Kotzen!

Rassismus: Mit ihrer Hetze gegen Ausländer lenken Strache & Co. im Interesse der Reichen und Mächtigen von den wahren Problemen ab. Sie sind damit nützliche Idioten für den Kapitalismus, der zu Sozialabbau, Arbeitslosigkeit und Armut führt.

Umwelt: Im Interesse des Profits

wird auch die Umwelt geopfert! Das geplante Grazer Murkraftwerk, ständig steigende Preise für öffentliche Verkehrsmittel oder die weitere Nutzung der Atomenergie sprechen Bände.

Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!

Wir von der Kommunistischen Jugend Österreichs (KJÖ) sagen: Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt! Für uns steht fest, dass sich an den miesen Bedingungen und tristen Zukunftsaussichten für uns junge Menschen nur etwas ändern wird, wenn wir uns engagieren. Darum führen wir momentan die Kampagne „Mach deine Wut zu Widerstand“ durch. Damit wollen wir Jugendliche ermuntern, sich gegen Unrecht zu wehren und im Betrieb, in der Schule und an der Uni für ihre Rechte einzutreten. Und weil wir nur gemeinsam stark sein können, freuen wir uns über jede helfende Hand!

Info: www.kjoe.at und facebook.com/rotwild.st.

Bildungsvolksbegehren?

Alternde Privatisierungseinpeitscher kommen drauf, dass Bildung in hochtechnisierten Industriestaaten nötig ist, um Profite zu machen. Schön für sie.

Von Hanno Wisiak

Androsch, Sorger, Mauhart und mit ihnen gleich die ganze Industriel-



vereinigung haben handfeste materielle Interessen und deshalb das Bildungsvolksbegehren ins Leben gerufen.

Die eine oder andere gute Forderung ist ein Mittelding aus Augenauswischerei und Marketing-Gag. Bei dem durchwachsenden No-na-net-Wunschzettel wird ohnehin nur das umgesetzt, was denen nützt, gegen die wir sonst auf die Straße gehen.

Die SPÖ benutzt das Volksbegehren als Unterstützung für ihre richtige Forderung nach einer Ganztagschule, winkt aber unisono mit der ÖVP ab, sobald für irgendwas mehr Geld locker gemacht werden soll. – Eine Chi-märe nenne ich das.

Wohin die bildungspolitische Reise geht, hat Rot-Schwarz in der Steiermark gezeigt. Abschaffung des Gratiskindergartens und Ruf nach Studiengebühren sind da nur die augenscheinlichsten Dinge der letzten Zeit. Deshalb sollte man drauf Acht geben, welchen Plänen hier Vorschub geleistet wird. Trotz des himmel-schreienden Normalzustandes in Österreich mit der dazugehörigen Bildungsfeindlichkeit, Vetter- und Parteibuchwirtschaft, Blockade u.v.m.

Diejenigen, die glauben, dass sie unbedingt in einem Boot mit der Industriellenvereinigung sitzen (müssen), werden bald als Galeeren-Sklaven rudern. Und zwar in eine Richtung, in die sie vermutlich gar nie wollten.

Bauernquälen

Bisher mussten Landwirte im Umkreis von 10 Kilometer von ihrem Hof keinen Führerschein mitführen. Dies wurde nun nach dem Willen der EU-Bürokraten geändert: Auch bei kurzen Fahrten kann der Traktorführerschein verlangt werden. Dies führte bei vielen Bauern zur Verärgerung. Nach Abschaffung der Gendarmerie und Zentralisierung der Polizeiposten kennt man sich ja nicht mehr persönlich...



Foto: steyr-traktoren.com

WIEN SCHAFFT SPIELAUTOMATEN AB – UND DIE STEIERMARK?

Kleines Glücksspiel: Sumpf gehört trockengelegt!

Wien wird keine Lizenzen an Glücksspielkonzerne zur Aufstellung von Glücksspielautomaten vergeben. Damit wird das sogenannte „Kleine Glücksspiel“ mit Auslaufen der Übergangsfrist für das neue Glücksspielgesetz weitgehend frei von Glücksspielautomaten sein.

Die steirische KPÖ kämpft seit 2006 für dieses Ziel. Ernest Kaltenegger überreichte 2007 über 11.000 Unterschriften an den Landtagspräsidenten, das Land sträubt sich, aktiv zu werden.

KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler sieht in der Wiener Entscheidung



eine große Chance, nun auch in der Steiermark ein Aus für die Spielautomaten durchzusetzen: „In Wien hat man erkannt, dass die Einnahmen aus dem Glücksspiel niemals den Schaden abdecken können, der vor allem durch die Spielautomaten angeichtet wird. In der Steiermark haben wir schon lange die größte Dichte an Automaten und die meisten Spielsüchtigen. Für die steirischen Automatenaufsteller wurde extra die Frist verlängert.“

Lobbyist Kasic: Ist schon weg

Ab 1. Jänner 2016 könnte aber auch die Steiermark frei von Spielautomaten sein. Die KPÖ wird sich im Landtag weiter dafür einsetzen. Nach dem Ausscheiden des VP-Abgeordneten Kasic ist nun vielleicht eine sachlichere Entscheidung möglich, die nicht ausschließlich von den Interessen der Automatenlobby geleitet ist, hofft die KPÖ-Abgeordnete.

Inzwischen wurden weitere Verstrickungen von Politik und Glücksspielindustrie bekannt. Der ehemalige ÖVP-Abgeordnete Stummvoll wechselte in den Aufsichtsrat des Glücksspielkonzerns „Mercur Entertainment AG“, gegründet von Frank Stronach. Damit folgt er dem Beispiel des ÖVP-Politikers Johannes

Hahn, der in leitender Funktion bei Stronachs Konkurrenten Novomatic Karriere machte. Stummvoll spielte eine maßgebliche Rolle bei der Gestaltung des Glücksspielgesetzes.

Es drängt sich die Frage auf, inwieweit Stummvoll als Glücksspiel-Verhandler der ÖVP bereits auf eine mögliche künftige Karriere als Manager eines Casino-Konzerns hingearbeitet hat. Dass dieser Gedanke keineswegs abwegig ist, zeigt der jahrelange hartnäckige Kampf des ehemaligen steirischen Landtagsabgeordneten Wolfgang Kasic (ÖVP) gegen strengere Auflagen und höhere Abgaben für Spielautomaten in der Steiermark. Während tausende Steirerinnen und Steirer durch Spielsucht in den Ruin getrieben wurden, verdiente Kasic ausgezeichnet an ganzseitigen Inseraten heimischer



Glücksspielkonzerne in seiner Bezirkszeitung.

2,5 Millionen für Ex-Kanzler

Ein weiterer prominenter Ex-Politiker, der im Sold der

Glücksspielbranche steht, ist der ehemalige SPÖ-Kanzler Alfred Gusenbauer. Mit Berateraufträgen u.a. des Novomatic-Konzerns verdiente er im Jahr 2010 über 2,5 Mio. Euro.

AUS DEM STEIRISCHEN LANDTAG

EU-Dienstleistungsrichtlinie durchgepeitscht

Die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie scheiterte im Nationalrat an der nötigen Zwei-Drittel-Mehrheit. Nun soll dieses Gesetz nach dem Willen von SPÖ und ÖVP über die neun Landesparlamente als Landesgesetz durchgepeitscht werden. Die Dienstleistungsrichtlinie zielt darauf ab, bestehende Hemmnisse für grenzüberschrei-

tende Dienstleistungen innerhalb der EU zu beseitigen und dadurch die Gehälter nach unten zu drücken. Eine österreichische Firma kann dadurch in Lettland einen Firmensitz anmelden und die Angestellten in Österreich so bezahlen wie in Lettland üblich.

Die KPÖ warnt vor einer weiteren Nivellierung der Löhne und Gehälter nach unten.

Werner Murgg (KPÖ): „Seit dem EU-Beitritt sind die Löhne und Gehälter real, unter Berücksichtigung der Inflationsrate, mit Ausnahme des obersten Fünftels der Löhne, gesunken. Die Dienstleistungsrichtlinie wird diesen Trend verstärken!“ Schließlich wurde das Dienstleistungsgesetz mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

MIT DEM EURO KOMMT DIE SCHULDENDIKTATUR

Der Euro ist nicht unser Geld

Die 2007 ausgebrochene Krise des Kapitalismus ist noch lange nicht vorbei. Derzeit hat sie über die gewaltig gestiegenen Staatsschulden der EU-Länder den Euro erreicht und stellt dessen Fortbestand in Frage. Es sind vor allem die gewaltigen wirtschaftlichen Ungleichgewichte zwischen den europäischen Kernländern wie Deutschland, Frankreich und den Staaten an der Peripherie, die das Gebälk des Euro zum Einsturz bringen könnten.

Kein Wunder. Der Kapitalismus verstärkt Ungleichheit, statt sie abzubauen. Solange die Staaten ihre eigenen Währungen besaßen, war die mangelnde Konkurrenzfähigkeit schwächerer Länder, wie Griechenland oder Italien kein Problem, konnten sie doch ihre Währungen abwerten und damit konkurrenzfähig bleiben. Mit dem Euro war das vorbei. Da fragt sich: Wer profitiert von der neuen Situation? In erster Linie Deutschland, aber auch andere Exportnationen wie Österreich. Profitiert haben aber nicht die Arbeiter und Angestellten dieser Länder, sondern die privaten Aktionäre

der exportorientierten Konzerne. Es sind vor allem deutsche Produkte, von Rüstungsgütern bis zu Hi-Tech-Produkten, die Griechenland mit Krediten bezahlt hat. Gleichzeitig waren die griechischen Produkte am Weltmarkt kaum wettbewerbsfähig. Das ist die wesentliche Ursache der griechischen Schuldenmiserie. Es sind vor allem deutsche und französische Banken, bei denen der griechische Staat in der Kreide steht und die mit den gewaltigen Rettungspaketen, wofür auch Österreich und damit in erster Linie der österreichische Lohnsteuerzahler haftet, gerettet werden sollen.

Rettung der Banken

Es geht bei den ganzen Rettungsmaßnahmen nicht um die Rettung Griechenlands und schon gar nicht um die Rettung seiner Arbeiter und Angestellten und Pensionisten vor deren endgültiger Verarmung. Es geht um die Rettung privater Banken.

Und es geht um die Rettung des Euro. Eine Währung, die vom deutschen Kapital, mit den Franzosen im Schlepptau, kreiert wurde, um bessere Karten im Kampf um die ökonomische Weltherrschaft und Einflusszonen zu besitzen. Nach der deutschen Pfeife tanzt der Rest der EU-Staaten. Gleichzeitig braucht das deutsche Kapital den Euro wie die Butter auf das Brot.

Bisher haben die deutschen Konzerne den Euro zum Nulltarif bekommen. Diese Zeiten sind vorbei. Vom Euro ohne eigene Kosten zu profitieren, das geht trotz des ökonomischen Übergewichtes von Deutschland

nicht mehr – zu groß sind die Widersprüche innerhalb der EU. Darum dreht sich die Debatte um Eurobonds und um Rettungsschirme.

Eurobonds sind Anleihen, die alle Euro-Staaten gemeinsam ausgeben. Eurobonds würden günstigere Zinsen für

Griechenland und die angeschlagenen Peripherieländer, aber höhere Zinsen für Deutschland oder auch Österreich bedeuten. Aber auch bei einem Ausscheiden Griechenlands aus der Euro-Zone müsste Deutschland einen gewaltigen Preis zahlen. Seine Produkte wären in Griechenland über Nacht nicht mehr konkurrenzfähig. Deshalb setzt man in Berlin vorläufig eher auf gemeinsame europäische Anleihen. Der Aufkauf von griechischen, italienischen und spanischen Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank (EZB) bzw. die gewaltigen „Rettungsschirme“ sind nichts anderes als die Einführung von Eurobonds auf Umwegen.

Deutschland als größter Anteilseigner der EZB haftet mit dem größten Betrag aller EU-Staaten, sollte die EZB im Falle einer griechischen oder portugiesischen Staatspleite auf diesen Papieren sitzen bleiben. Dabei wird der Bevölkerung eingeredet, dass der Euro für unseren Wohlstand verantwortlich sei und eine Rückkehr zu Schilling, Drachme & Co. uns ins Chaos stürzen würde.

Der Euro ist ein Teuro

Die Wahrheit schaut anders aus: Die österreichischen Arbeiter, Angestellten und Pensionistinnen und Pensionisten haben mit dem Euro ihre eigenen, meist schlechten Erfahrungen gemacht. Nicht umsonst gibt es das geflügelte Wort „Der Euro ist ein Teuro“. Die Konzerne wünschen sich den Fortbestand der Eurozone, gibt er ihnen doch die Chance, im internationalen Wettstreit mit den USA zu bestehen. Was den Reichen und Superreichen nutzt, muss für die arbeitenden Menschen





Der Euro ist nicht unser Geld. Früher war Geld noch bunt bedrucktes Papier. Heute existiert es großteils nur noch virtuell in den Computern der Machthaber.

noch lange nicht gut sein. Der Euro ist das Geld der Banken und Konzerne, nicht unser Geld. In den Medien wird uns vorgegaukelt, die Euro-Staaten und ihre Politiker müssten endlich mit einer Stimme sprechen und die EU sollte eine Finanz- und Wirtschaftsunion werden, um die Probleme zu lösen. Eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik aller EU-Länder ist jedoch schon allein deshalb unmöglich, weil die EU ein Bündnis miteinander konkurrierender Nationalstaaten ist. Sie finden deshalb zu keiner einheitlichen Lösung, weil die Kapitaleliten Deutschlands grundlegend andere Interessen haben als jene Italiens. Mit jedem Tag Krise brechen diese Widersprüche deutlicher auf.

Nicht mehr, sondern weniger EU-Europa!

Die Antwort im Sinne der Interessen der Arbeiter, Angestellten und Pensionistinnen und Pensionisten kann nur lauten: nicht mehr, sondern weniger EU-Europa wird ihre Lebenslage verbessern. Nicht eine Vertiefung der kapitalistischen Konzentration innerhalb der EU ist angesagt, sondern ein Ausbrechen aus diesem Klub. Das würde Raum schaffen für eine Politik, wo sich Staaten auf Augenhöhe begegnen, statt in demütigende neokoloniale

Abhängigkeit zu geraten. Liest man die Erklärungen des jüngsten Euro-Gipfels, wird diese Einschätzung vollauf bestätigt; dort heißt es unter anderem: „Aufforderung an die nationalen Parlamente, den auf EU-Ebene angenommenen Empfehlungen zur Durchführung der Wirtschafts- und Haushaltspolitik Rechnung zu tragen....Wir sagen zu, den Empfehlungen der KommissionFolge zu leisten.“

Was tun?

Kurzfristig muss alles unternommen werden, damit die Kosten der Euro-Rettung nicht auf die Lohnsteuerpflichtigen abgewälzt werden. Geht es nach den Herrschenden, ist genau das mit den weiteren Euro-Rettungsschirmen und der geplanten Kapitalausstattung der Banken geplant: die Zeche zahlt die Masse der Bevölkerung über weitere Belastungspakete, während die Superreichen ihre Schäfchen ins Trockene bringen.

Mittel- und langfristig muss für einen Umbau der Wirtschaft, weg vom Export, hin zu mehr Binnenkonsum, weg von der Profitorientierung, hin zu einer Wirtschaft, welche die Bedürfnisse der Mehrheit der Bevölkerung befriedigt, gekämpft werden. Wer die Macht der privaten Konzerne und Banken auf Dauer brechen will, wird das nur jenseits der EU können.

Österreich in der EU: Eine Bilanz

Pensionen sinken

Das Pensionssystem wurde massiv verschlechtert; vor allem der Bemessungszeitraum wurde ausgedehnt. Für Menschen bis ins mittlere Alter bedeutet das Pensionsverluste bis zu 40 Prozent.

Bahn und Post sperren zu

Auf Grund der EU-Postliberalisierung baute die Post zwischen 1999 und 2009 27 Prozent der Beschäftigten ab und sperrte jedes zweite Postamt zu.

Die EU-Eisenbahnliberalisierung führt zur Zerstörung eines kooperativen Eisenbahnsystems: Immer mehr Regionalbahnen werden zugesperrt und die Fahrpläne ausgedünnt. Einem Drittel des Schienennetzes droht die Stilllegung.

Steuerpolitik für die Großen

Große Vermögen, Kapitalgesellschaften und Spit-

zenverdiener zahlen fast keine Steuern mehr. Seit 1992 sind die Einnahmen aus Lohnsteuern doppelt so stark gestiegen wie die Einnahmen aus Gewinnsteuern.

Arbeitslosigkeit steigt

Die Zahl der Arbeitslosen hat sich seit Mitte der 1990er Jahre um rund 100.000 Arbeitslose erhöht. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten ist von 10 auf 25 Prozent gestiegen. Die Zahl der Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungsbezieher hat sich in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt. SPÖ, ÖVP und Grüne sagen „Wir sind das sechstreichste Land der Welt“, nur: die arbeitenden Menschen spüren vom Reichtum nichts.

Ungleichheit wächst

Es gibt immer mehr Menschen, die von ihrem Einkommen tatsächlich nicht leben können. So sind die Realeinkommen der einkommensschwächsten 20 Prozent aller Arbeiter und Angestellten von 1995 bis 2008 um netto 22,4 Prozent gesunken!

Ende der Demokratie

Die Gefahr einer offenen Diktatur des Finanzkapitals in der EU ist höchst aktuell. Wenn man die Absage der Volksabstimmung in Griechenland nüchtern betrachtet, ist keine andere Schlussfolgerung möglich. Nur einen Tag später wurde Italien unter Kuratel des Internationalen Währungsfonds gestellt.

Weil die Herrschenden eine Gefahr für ihre Profite gesehen haben, wird die Regierung eines Mitgliedstaates ausgehebelt und durch eine noch willfährigere ersetzt. Und zwar durch ein von niemandem gewähltes und in keinem einzigen EU-Vertrag vorgesehenes Gremium, durch die „Frankfurter Runde“. Diese ist nach der

Gruppe benannt, die sich im Vorfeld des jüngsten EU-Gipfels in Frankfurt getroffen hat, und besteht aus Merkel, Sarkozy, Barroso, van Rompuy und der Chefin des IWF, Lagarde.

Mit Druck und Erpressung haben diese EU-Führer/innen den Regierungschef eines in der Theorie gleichberechtigten Mitgliedsstaates, den griechischen Ministerpräsidenten Papandreou, gedemütigt und zum Abschuss freigegeben. Sie sind für diese Funktion von niemandem gewählt worden, sie handeln aber im Auftrag der mächtigsten Kapitalgruppen in der EU. Ihre Macht wurde ihnen nicht von der Bevölkerung, sondern – um nur ein Beispiel zu nennen – von der deutschen

Bank gegeben. Zwei mächtige Regierungschefs der Eurozone haben alle anderen EU-Staaten vor vollendete Tatsachen gestellt. Faymann und Fekter können nur mehr abnicken, was Merkel diktiert.

Die Vorgangsweise der faktischen EU-Spitze erinnert frappant an die letzten Tage Österreichs im Jahr 1938, als Schuschnigg zuerst am 12. Februar auf den Obersalzberg zitiert und ihm Maßnahmen diktiert wurden. Als der Bundeskanzler überraschend eine Volksabstimmung ansetzte, wurde er gestürzt – damals durch den Einmarsch der Reichswehr. Heute hat man andere Waffen.

Das Diktat der „Frankfurter Runde“ ist aber kein Zeichen der Stärke, sondern ein Aus-

druck der Krise. Anscheinend hat man entschieden, dass jetzt nur mehr ein straff organisiertes Kerneuropa in der Lage ist, den Abbau des Sozialsystems in allen Mitgliedsstaaten der EU durchzuziehen. Auf Mehrheitsmeinungen der Bevölkerung wird keine Rücksicht mehr genommen. Jetzt entsteht ein Europa des Rückschritts und der wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede. Ein Europa, das immer unsozialer und militaristischer wird, geleitet durch ein Direktorium von Großmächten, das den kleineren Mitgliedsstaaten zu reinen Kolonien macht. Man setzt darauf, die Menschen der verschiedenen Länder gegeneinander ausspielen zu können.

Franz Stephan Parteder

<http://de.mikis-theodorakis.net>

Musik für alle Streichungen im steirischen Musikschulwesen rückgängig machen!

Betroffen vom steirischen Belastungspaket sind auch die Musikschulen. Hier sind Kürzungen von sechs Millionen Euro geplant. Bisher erhielten die kommunalen steirischen Musikschulen 24 Millionen Euro jährlich, künftig sollen es nur mehr auf 18 Millionen sein.

Im Schuljahr 2011/12 bedeutet diese Kürzung eine Erhöhung der von den Musikschülern zu leistenden Kostenbeiträge.

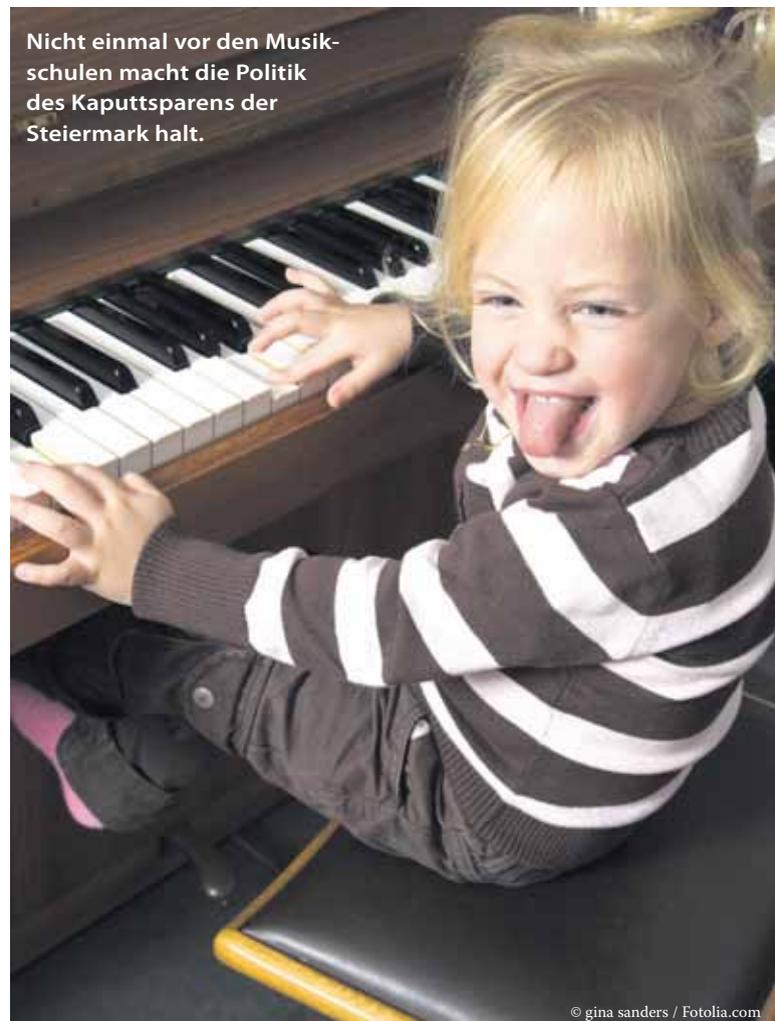
Das ist jedoch erst der Beginn einer „Neustrukturierung“ des Musikschulwesens. Einer Neustrukturierung, die auf Kosten der Schülerinnen und Schü-

ler geht. Musikalische Bildung ist ein wesentlicher Bestandteil in der Entwicklung junger Menschen. Eine individuelle musikalische Ausbildung sollte weiterhin für alle Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen in gleicher Weise zugänglich und auch leistbar sein!

Petition an den Landtag

Um Musikschulen, die man sich leisten kann zu sichern und die Landesregierung zu einem Kurswechsel zu veranlassen hat sich eine parteiunabhängige Initiative, getragen von steirischen Musikschülern und deren Eltern gebildet, die sich mit einer Petition an den Landtag wendet. In allen 48 kommunalen Musikschulen des Landes liegen Unterschriftenlisten auf. **Weitere Informationen unter:** www.petitiononline.com/48ms333/

Nicht einmal vor den Musikschulen macht die Politik des Kaputtsparens der Steiermark halt.

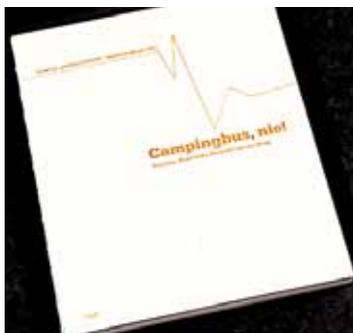


Campingbus, nie!

„Campingbus, nie!“ – Ein neues Buch zeigt, wie die Krise Lebensperspektiven zerstört.

Aus einer globalen Perspektive betrachtet ist seine Geschichte viel zu klein für eine Schlagzeile. Man muss schon sehr nahe hingehen, um das Unglück des Mannes (...) zu erkennen.“ Der Mann, von dem die profil-Journalistin Edith Meinhart schreibt, heißt Gerhard Pichler. Im Juni 2009, nach 42 Berufsjahren, verlor der gelernte Maschinist im Alter von 57 Jahren den Job. Heute lebt er von weniger als 900 Euro im Monat. Den Traum vom Campingbus – er sollte Gerhard Pichler und seine Frau in der Pension durch halb Europa führen – musste er aufgeben.

Pichlers Geschichte ist eines von sechs Portraits, die Samuel Stuhlpfarrer und Martin Behr in „Campingbus, nie!“ (CLIO) versammelten. Allesamt handeln sie von Menschen, deren Leben sich mit der Krise schlagartig verändert haben. Autor/innen sind neben Edith Meinhart Standard-Journalistin Colette M. Schmidt, Herausgeber Samuel Stuhlpfarrer, Schriftsteller Johannes Schrettle, Flüchtlings-



helfer Wolfgang Gulis und der Maler Josef Schützenhöfer.

Zwei wissenschaftliche Beiträge bilden den kontextuellen Rahmen von „Campingbus, nie!“. Der Wiener Wirtschaftshistoriker Fritz Weber setzt die aktuelle Krise in einen historischen Bezug. Hochaktuell der Text des Bremer Sozialhistorikers Karl Heinz Roth. „Wege aus der Krise“. Roth geht es auch darum, den Bogen zu „einem glaubwürdigen Konzept der Systemüberwindung“ zu spannen.

Samuel Stuhlpfarrer/Martin Behr (Hg.), Campingbus, nie! Portraits, Positionen, Perspektiven zur Krise. ISBN: 978-3-902542-22-9, CLIO 2011 19 Euro. Erhältlich im Buchhandel und via verlag@clio-graz.net

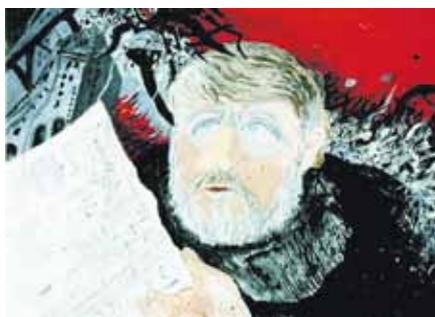
Weitere Informationen zu
Veranstaltungen sowie Bestellung
von Büchern und Broschüren:
KPÖ-Bildungszentrum im
Volkshaus Graz • Lagergasse 98a
Tel. (0316) 71 29 59

<http://bildungsverein.kpoe-steiermark.at>



Christian Masser bestreitet sein traditionelles Weihnachtskonzert im Volkshaus erstmals mit seiner Bluesband (Gerhard Steinrück - Kontrabass, Guido Ladinig - Schlagzeug, Hans Felber - Gesang und Mundharmonika). Der Auftritt wird mitgeschnitten, der Saal soll mit Chicago- und Mississippi-Blues-Klängen zum Beben gebracht werden. Außerdem stellt Christian Masser Nummern aus seiner aktuellen Johnny Cash-CD „15 Country Songs“ vor. Eintritt 12.- / 10.-
Eine Veranstaltung des Bildungsvereins der KPÖ Steiermark

Ausstellung: Der Zingerl an der Waage



Kunst als Kritik: Malerei, Zeichnungen und Karikaturen aus dem Werk von Guido Zingerl
Zu sehen ist die Schau bis einschließlich # 15. Dezember von Dienstag bis Freitag (jeweils 9 bis 15 Uhr).

BUCHTIPP:

3. verbesserte und erweiterte Auflage

Willi Weinert

»Mich könnt ihr löschen, aber nicht das Feuer«

Das Buch ist das bislang umfangreichste biografische Nachschlagewerk zu österreichischen Widerstandskämpfern (650 Biografien), das etwa dreiviertel aller durch den NS-Volkgerichtshof in einem Hochverratsprozess zum Tode verurteilten Personen erfasst.

In Verbindung mit den zahlreichen in Archiven aufgefundenen und durch Privatpersonen zugänglich gemachten neuen Fotos werden diesen später geköpften Frauen und Männern Gesichter gegeben.

352 Seiten; ca. 670 Fotos u. Abb. (z.T. farbig); Erscheinungstermin: August 2011
ISBN: 978-3-9502478-2-4, Preis: Euro 24.-, Subskription (bis 31. Juli 2011): Euro 20.-
Bestellungen: wien.sternverlag@chello.at



Bibliothek des KPÖ Bildungsvereins im Volkshaus Graz

Die Bibliothek ist am Montag (außer Feiertag) 15–18 Uhr für alle zugänglich. Sie besteht aus 7.000 Büchern, Zeitschriften und audiovisuellen Medien. Schwerpunkte sind Arbeiterbewegung, marxistische Klassiker sowie antifaschistischer Widerstand.

Bücher können für 14 Tage ausgeliehen werden.

Kontakt: annette.kravanja@kpoe-steiermark.at; 0650/914 89 59
bernd.mugele@kpoe-steiermark.at; 0664/73 64 64 17

<http://bildungsverein.kpoe-steiermark.at>, Menüpunkt Bibliothek

Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, LeserInnenbriefe gekürzt zu veröffentlichen

Steirische Volksstimme,
Landhaus, Herrngasse 16, 8010 Graz,
Fax 0316/877 5108 oder E-Mail: volksstimme@kpoe-steiermark.at

Bienenmord ist kein Kavaliersdelikt

Die industrialisierte Landwirtschaft tötet durch den Einsatz giftiger Chemikalien jedes Jahr hunderte Millionen Bienen. Die Auswirkungen sind fatal, denn das Bienensterben bedeutet, dass Kultur- und Wildpflanzen nicht mehr bestäubt werden. Hinzu kommt die massive Gefährdung der Wildbienen, die in den „Agrarwüsten“ keine Nistplätze finden.

Bienen bestäuben 80 Prozent unserer Kulturpflanzen. Die Anwendung bestimmter Beizmittel im Maisanbau muss als besonders gefährlich eingestuft werden. Denn diese töten nicht nur den Schädling – wie etwa den Maiswurzelbohrer – sondern auch die Bienen. In vielen Ländern, auch in Deutschland und Italien, ist deshalb der Einsatz dieser bienenschädigenden Agrargifte bereits verboten. Nicht so in Österreich.

Ing. Harald Schober

WOHNBEIHILFE jedes Jahr geringer

Ich bin Jahrgang 1944 und lebe als Bezieher einer Invalidenrente nach einem schweren Unfall seit 1.11.2003 in einer Seniorenwohnung. Damals wurden mir 105 Euro Wohnbeihilfe gewährt, vom Sozialamt bekam die Wohnbaugenossenschaft monatlich einen Zuschuss von 18,23 Euro. Damals kostete die Miete 299 Euro ohne Heizung. Mit der Einführung der „Wohnbeihilfe neu“ bekam ich dann 167,76 Euro. Seither wird der Betrag bei jeder Pensionsanpassung immer weniger, außerdem wird mir ein „zumutbarer Wohnungsaufwand“ in der Höhe von derzeit 33,87 Euro abgezogen.

Ab 1. November 2011 werden nun auch die Zuschüsse für die Betriebskosten halbiert, wodurch ich nur noch 102 Euro Wohnbeihilfe monatlich bekomme. Das ist weniger als im Jahr 2003! Das ist unsozial und unverständlich, es sind sehr viele Pensionisten

betroffen. Allein in meinem Wohnhaus sind drei Personen mit Tränen in den Augen zu mir gekommen. Ich habe mit einem Federstrich – nachdem 35,07 Euro im Monat zusätzlich an „zumutbarem Aufwand“ abgezogen werden – 420 Euro im Jahr weniger. Eigentlich wollte ich mein Wohnzimmer ausmalen lassen, das muss ich jetzt auf unbestimmte Zeit verschieben.

2004 wurden mir von meiner Heimatgemeinde übrigens 33 Euro Essenszuschuss monatlich über die Volkshilfe überwiesen. 2005 wurde diese Hilfe ersatzlos gestrichen. Diese Kürzungen bei den Ärmsten müssen der Öffentlichkeit und auch dem Herren Soziallandesrat Schrittwieser bekannt gemacht werden! Wie sollen die Menschen noch überleben und ihre teuren Mieten bezahlen?

(Name der Red. bekannt)

Post: Aufpreis für Strich

Als ich vor kurzem einen Astinkgewöhnlichen (Standard-)Brief auf einem Grazer Postamt aufgab - bisher kostete dies 55 Cent - glaubte ich meinen Sinnen nicht mehr vertrauen zu können: der Postangestellte kassierte 90 (neunzig!) Cent dafür!!

Zuerst glaubte ich an einen Irrtum - ich wusste ja, dass der neue Tarif für das Standardbriefporto „nur“ 62 Cent (also „bloß“ um 12 Prozent teurer als vorher) ausmacht. Die 90 Cent Portogebühr seien schon in Ordnung, antwortete mir der Postler: ich hatte ja den Zielort mit Postleitzahl unterstrichen...

NUR wenn der Zielort NICHT unterstrichen sei, koste das Porto bloß die wohlfeilen 62 Cent! Na prost, Post: Viele briefaufgebende Postkunden, die die oben beschriebene „Regel“ nicht kennen, werden also jetzt von „unserer“ Post kräftigst zur Kasse gebeten... W. L., Graz



Wir veröffentlichen kostenlos Ihre Kleinzeige:

Steirische Volksstimme,
Lagergasse 98a, 8020 Graz,
Tel. 0316 / 71 24 79#
Fax 0316 / 71 62 91
volksstimme@kpoe-steiermark.at

www.weizsolar.at



PHOTOVOLTAIK WORKSHOPS finden jeweils am

letzten Samstag im Monat (von Februar bis November) von 09:00 bis 17:00 Uhr im Weizer Energie-Innovations-Zentrum, Franz Pichlerstraße 32, statt.

www.weizsolar.at

[VOLKSBEGEHREN]

Armutsfreies Österreich

Mit diesem Volksbegehren sollen Maßnahmen zu einem gerechteren Umgang mit Menschen, die Schulden haben durchgesetzt werden.



Marco Fegerl,
Oskar Helmer Straße 67,
2514 Traiskirchen, Tel.
0660 466 9404
E-Mail:
marco.fegerl@gmx.at

www.gegen-armut.at

STEIRISCHE Volksstimme

Impressum: Medieninhaber: Landtagsklub der KPÖ Steiermark, Herrngasse 16/3, 8010 Graz. Verlags- und Herstellungsort: Graz.
Tel. 0316 / 877-5102
Fax 0317 / 877-5108
E-Mail: volksstimme@kpoe-graz.at // DVR: 0600008

Offenlegung: Das Grazer Stadtblatt / die Steirische Volksstimme – Informationsblatt der KP Steiermark ist ein Regionalmedium und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen und tritt für eine Stärkung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.



Politische Gefangene in den USA

Am 12. September 1998 wurden die fünf Kubaner Antonio Guererro, Fernando Gonzales, Gerardo Hernandez, Ramon Labanino, Rene Gonzales in den USA verhaftet und in „einem äußerst unfairen Prozess“ (Amnesty International) zu ungewöhnlich schweren Strafen verurteilt. Sie sitzen seither, verurteilt zu meh-

reren, zum Teil lebenslangen, Haftstrafen in US-Gefängnissen in Einzelhaft.

Aktuell läuft die internationale Protestkampagne „Free the Five“ die bereits von mehreren Nobelpreisträgern und Kulturschaffenden

unterschrieben wurde, mit dem Ziel, die Freilassung der zu Unrecht verurteilten „Cuban Five“ zu erreichen.

In Österreich wird die Aktion von Literatur-Nobelpreisträgerin Elfriede Jelinek und vielen ande-

ren Persönlichkeiten aus Politik und Kunst unterstützt.

Unterschreiben auch Sie! Informationen unter <http://www.cuba.or.at/> E-Mail: b.oftner@aon.at



www.linkewoche.at



Der gemeinnützige Verein ARGE oekosozialmarkt vermittelt auf seiner Internetplattform Bestellungen zwischen Konsumenten und regionalen Unternehmen.

oekosozialmarkt
<http://www.oekosozialmarkt.com>



Tiere suchen ein Zuhause



Beim Landestierschutzverein warten Haustiere auf neue Besitzer; oder entlaufene Lieblinge auf ihre alten...

TIERECKE

Folgende Tiere vermittelt das Tierheim des Landestierschutzvereins, Grabenstr. 113, Graz, Tel. (0316) 68 42 12.



Merlin ist ein Meer-schweinchenbock, der samt Käfig in einem Keller ausgesetzt wurde.



Frodo ist ein Husky-Rattenbock, sehr zutraulich.



Toska, Schäfermischlingshündin, steril., *2004, kinderfreundlich, nicht als Zweithund.



Muffin, junge Mischlingshündin, sehr anhänglich, geb. Juni 2011.



Dundee Kater, kastriert, weiß und getigert, ca. 6 Monate alt.



Chicago, Kater, kastriert, weiß und getigert, ca. 6 Monate alt.



Weibi, Tigerkatze, deren Besitzer verstorben ist. Weiblich, steril., reine Wohnungskatze.



Lulamy ist eine Katze getigert und weiß, weiblich steril., Besitzer hatte zu viele Katzen.



RED:OUT, die Lesbian-Gay-Bi-Transgender-Intersexual-Parteilgruppe der KPO Steiermark, trifft sich jeden ersten Montag im Monat um 18 Uhr in der Traminer Weinstube in Graz, Klosterwiesgasse 2 zu einem offenen Stammtisch. Jede/r ist willkommen!

Für eine starke ÖBB in öffentlicher Hand



Vor wenigen Wochen hat sich ÖVP-Finanzministerin Maria Fekter für die Privatisierung der ÖBB ausgesprochen. Das Märchen von den privilegierten Eisenbahnern wird immer noch breitgetreten, obwohl die einstigen Vorteile längst abgeschafft sind. Während hohe Summen in Baustellen versickern, wird das Angebot an Zügen immer kleiner.

terreich arbeiten die vom Kapital eingesetzten Bahnmanager nach folgender Taktik: die Bahn wird von oben gezielt ruiniert, um in der Bevölkerung schließlich Stimmung für den Verkauf der „chaotischen ÖBB“ zu machen. Das Nicht-EU-Land Schweiz ist derzeit der einzige europäische Staat, in dem das Bahnnetz nicht geschrumpft, sondern ausgebaut wird. Ab 2007 wurde in Österreich der Güterschienenverkehr entsprechend den Richtlinien der EU für den sogenannten „freien“ Markt geöffnet. Ab 2010 folgte der Personenverkehr. Die Folgen sind verheerend. Freier Zugang zum Schienennetz bedeutet, dass um gewinnträchtige Verbindungen, beispielsweise die Westbahn, große Konkurrenz entsteht. Während der Strabag-Chef Hans-Peter Haselsteiner dort ab 2011 eine private Linie betreibt, werden Regionalstrecken oder Strecken mit geringer

Auslastung stillgelegt. Mit den Einnahmen aus den lukrativen Hauptstrecken wurden früher die Nebenstrecken quersubventioniert. Damit ist es dank EU nun vorbei. Die Folgen sind dramatisch. Seit Dezember 2010



Bahnnetz vor 100 Jahren: Mit der Drautalbahn konnte man die Koralm umfahren.

wird der Personenverkehr der ÖBB extrem geschrumpft, Fahrpläne werden ausgedünnt, Strecken stillgelegt. Im Güterverkehr schaut es ähnlich aus. Die Güterverkehrssparte der ÖBB will 135 der 540 Güterverladestellen auflassen oder nur gegen hohe Tarife weiterbetreiben. Experten rechnen jährlich mit mehr als 400.000 zusätzlichen LKW-Fahrten. Der Anteil der Schiene am Güterverkehr wird sinken.

SPÖ ist verantwortlich

Unter einem SPÖ-Bundeskanzler wurde ein Eisenbahngesetz beschlossen, dass erstmals nicht mehr den Versorgungsauftrag der Bevölkerung, sondern die Führung der ÖBB nach rein betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten in den Mittelpunkt stellt. ÖVP-FPÖ-BZÖ-Regierungen haben dann die ÖBB in viele

Teilbereiche zerschlagen, die sich oft gegenseitig Konkurrenz machen – gezieltes Ruinieren von oben eben! Letztlich ist auch unsere einst gut funktionierende Bahn am EU-Altar der „freien“ Marktwirtschaft und des „freien“ Warenverkehrs geopfert worden. Um das vollständig umsetzen zu können, muss das Image der ÖBB endgültig ruiniert werden. Dabei sind die privatkapitalistisch operierenden Bahnmanager und ihre Anstifter in der Regierung am besten Weg. Das Beispiel Schweiz zeigt, dass ein gut ausgebauter öffentlicher Verkehr möglich ist, wenn sich ein Staat dazu bekennt. Voraussetzung freilich ist, sich von der EU zu verabschieden.

Protestieren Sie gegen die Demontage des Bahnverkehrs!
Vorlagen unter:
<http://www.oelzant.com/>



Bahnnetz vor 50 Jahren: Ein Schienennetz, das auch wirklich bedient wurde.

SERVICE der KPÖ: Rechnen Sie Ihre Ansprüche nach!
INFO TEL. 0316 / 875 5101

www.mindestsicherungsrechner.at

KPÖ

zuhören. helfen.

Claudia Klimt-Weithaler

